

## Gemeinschaft mit beschränkter Haltbarkeit Adenauer und Erhard 1948/49

Von Andreas Metz

Die Jahre 1948 und 1949 markieren Meilensteine der bundesdeutschen Geschichte: Die Einführung der D-Mark, die Ablösung der gebundenen Kriegs- durch die Marktwirtschaft, die Verabschiedung des Grundgesetzes, der erste Bundestagswahlkampf und die Gründung der Bundesrepublik – binnen Monaten wurden Koordinaten gesetzt, an denen sich ein halbes Jahrhundert Bonner Politik orientieren sollte. Mitten aus dem großen Reformwerk ragen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard als einflußreichste Figuren heraus. Nicht zuletzt, weil sie das gelegte Fundament fast zwei Jahrzehnte lang als Bundeskanzler und Wirtschaftsminister interpretierten und mit Stabilität erfüllten.

Daß Erhard und Adenauer kein harmonisches Duo abgaben, sondern in einer von unzähligen Reibungen und Intrigen gezeichneten Beziehung standen, haben Daniel Koerfer<sup>1</sup> und zuletzt Volker Hentschel<sup>2</sup> penibel nachgezeichnet. Erhard brachte dem 21 Jahre älteren Adenauer eine fast gläubige Bewunderung entgegen und rang mit beharrlicher Erfolglosigkeit um dessen Gunst. Adenauer wiederum litt unter dem schöngeistig-künstlerischen Politikstil seines Wirtschaftsministers, der dem eigenen preußisch-asketischen Ideal so diametral entgegenstand.

Das Zerwürfnis ist bekannt, allein die Entstehung der so schwierigen wie fruchtbaren Beziehung Ende der 40er Jahre ist unscharf geblieben. Daniel Koerfer schrieb bislang unwidersprochen die Legende von einer »zerbrochenen Freundschaft«, der eine »große Romanze« vorausgegangen sei.<sup>3</sup> »Allem Anfang wohnt ein Zauber inne«, bemühte Koerfer für den Auftakt sogar ein Hesse-Zitat<sup>4</sup>, dessen Poesie einem Blick in die Realität aber nicht standhält.

Die Faktenlage zeichnet ein anderes Bild: Die Entfremdung zwischen Adenauer und dem 21 Jahre jüngeren Erhard begann bereits vor der ersten gemeinsamen Begegnung. Oder anders gesagt: Adenauer verdichtete im

---

1 Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer 1948-1963*, Stuttgart 1987.

2 Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, München 1996.

3 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 9.

4 EBD., S. 37 (Kapitelüberschrift) und S. 51.

Frühjahr 1948 Erzählungen und Gerüchte über Erhard zu einem Vorurteil, das er bald bestätigt fand und zum Leitmotiv des Miteinanders machte.

Am 2. Mai 1948 und damit einige Wochen vor dem ersten verbürgten Zusammentreffen mit Erhard, schrieb Adenauer an seine CDU-Kollegin Maria Meyer-Sevenich, »daß Herr Ehrhardt [sic!] von vielen als außergewöhnlich tüchtig bezeichnet werde, aber Mangel an Verwaltungserfahrung habe. Er solle deswegen einen für Verwaltungsfragen geeigneten Staatssekretär bekommen.«<sup>5</sup>

Noch ehe Adenauer Ludwig Erhard so bewußt wahrgenommen hatte, daß er den Namen fehlerfrei buchstabieren konnte, hegte er bereits Zweifel an dessen Fähigkeiten, eine Behörde führen zu können. Immerhin ging es um die Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt/Main, zu deren Direktor Erhard zwei Monate zuvor gewählt worden war – der bis dato wichtigste Posten für einen Deutschen im besetzten Nachkriegsdeutschland.

#### Erhard, der Wissenschaftler

Adenauers Einschätzung im Mai 1948 kam nicht von ungefähr. Dies beweist ein Blick auf Erhards Biographie: Der gebürtige Franke aus Fürth, promovierter Volkswirt, hatte es in der Weimarer Republik und unter den Nazis zu einer respektablen Karriere als Marktforscher am Nürnberger »Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware« gebracht. Seit der tiefen Inflationskrise von 1921-23 beschäftigte sich Erhard mit Währungsfragen und den Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse seiner Forschung fanden Aufnahme in einer dicken Denkschrift über »Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung«, die Erhard 1944 im Auftrag der staatstragenden »Reichsgruppe Industrie« verfaßte, aber auch dem führenden Widerstandskämpfer Carl Goerdeler zukommen ließ. Das Memorandum ist noch nicht das tragfähige Fundament der so berühmt gewordenen Sozialen Marktwirtschaft, als das es oft genug hingestellt wird. Immerhin aber ragen einige Schlüsselsätze hervor. So plädierte Erhard schon 1944 dafür, »die künftige Friedenswirtschaft nach einer möglichst kurzen Übergangszeit aus den Fesseln der staatlichen Bevormundung zu lösen«. Das erstrebte Ziel sei »in jedem Falle die freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft«.<sup>6</sup>

Unpolitisch war der Wissenschaftler Erhard nie. Für die frühen 30er Jahre wird ihm eine Nähe zur liberalen Deutschen Demokratischen Partei nachge-

<sup>5</sup> Konrad ADENAUER, *Briefe 1947-49*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1984, S. 224.

<sup>6</sup> Ludwig ERHARD, *Kriegswirtschaft und Schuldenkonsolidierung* (Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44), Frankfurt 1977, S. 264.

sagt,<sup>7</sup> die in seiner fränkischen Heimat eine ihrer wenigen Hochburgen hatte. Doch von Parteibüchern, auch von braunen, hielt sich Ludwig Erhard konsequent fern. »Ursprünglich war ich kaum zum Politiker geboren«, begründete Erhard dies Jahrzehnte später. »Meiner Distanz lag ursprünglich eine nur geringe Neigung und vielleicht sogar mangelnde Begabung zugrunde.«<sup>8</sup>

### Beginn der politischen Laufbahn

Daß Erhard als Parteiloser schließlich doch noch in die Politik gelangte und das an höchst exponierter Stelle, ist dem großen Scherbenhaufen des Jahres 1945 zuzuschreiben. Bereits in den letzten Kriegstagen empfahl sich Erhard den Amerikanern in seiner Heimatstadt Fürth als Wirtschaftsberater für den Wiederaufbau, woraufhin diese den politisch weitgehend unbelasteten Ökonomen bis auf den Posten des bayerischen Wirtschaftsministers beförderten. Die »amerikanische Entdeckung«, wie sich Erhard selbst nannte,<sup>9</sup> nahm Kurs auf ein liberales Wirtschaftssystem, als noch für jeden Hosenknopf ein Bezugsschein nötig war und sich sozialistische Verstaatlichungsideen in weiten Teilen der Bevölkerung bis hin zur CDU/CSU größter Beliebtheit erfreuten. Die Angst vor dem freien Markt war groß, die katastrophale Weltwirtschaftskrise von 1929/30 hatte traumatisiert. Da paßte ein Wirtschaftsminister, der »das freie Spiel von Angebot und Nachfrage« als Heilmittel pries,<sup>10</sup> (noch) nicht in die Landschaft.

Beharrlich suchte Erhard für seine Visionen Unterstützung im übrigen Deutschland. Seine Reisen zu zahllosen Konferenzen trugen ihm den Vorwurf eines bayerischen Ministerialrats ein, er sei »ein typischer Außenminister gewesen«<sup>11</sup>. Im bayerischen Wirtschaftsministerium herrschten derweil chaotische Zustände. Ein Korruptionsverdacht jagte den nächsten und der Wirtschaftsminister geriet ins Kreuzfeuer der Kritik.

Nach den ersten freien Gemeindewahlen in Bayern am 1. Dezember 1946 war im Regierungskabinett kein Platz mehr für Erhard. Zu allem Überfluß strengten SPD und CSU wegen der Korruptionsfälle einen par-

7 Der Leiter des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung, Prof. Wilhelm Vershofen, war prominentes DDP-Mitglied. Als DDP-Anhänger bezeichnete sich Erhard selbst in einem Fernsehinterview vom 10. April 1963, in: Günter GAUS, *Zur Person. Portraits in Frage und Antwort*, München 1964, S. 107.

8 Ludwig ERHARD, *Erbe und Auftrag. Aussagen und Zeugnisse*, hrsg. von Karl HOHMANN, 2. Aufl., Düsseldorf-Wien 1978, S. 293.

9 Ludwig ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf-Wien 1962, S. 8.

10 Artikel Erhards in »*Die Neue Zeitung*« vom 14. Oktober 1946, in: L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 20 f.

11 Protokoll der 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 29. September 1947, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL) Gummersbach, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 45.

lamentarischen Untersuchungsausschuß gegen ihn an – den ersten im Nachkriegsdeutschland. Der Ausschuß tagte rund zehn Monate, befragte 50 Zeugen und häufte 2100 Blatt Papier an. Im Abschlußbericht hieß es dann: »Dem Minister a. D. Dr. Erhardt [sic!] können nach der Überzeugung des Ausschusses keine Vorwürfe in Bezug auf die Lauterkeit seiner Person gemacht werden. ... Wenn Minister Erhardt der Erfolg versagt blieb, so lag dies nach Überzeugung des Ausschusses im besonderen daran, daß er zu viel Theoretiker war, daß ihm die nötige Verwaltungserfahrung zur Führung eines Ministeriums fehlte und er es nicht verstand, sich die Mitarbeiter zu suchen, die das, was ihm fehlte, ersetzen.«<sup>12</sup>

An Erhard blieb der Ruf haften, seine Behörde nicht in den Griff bekommen zu haben, so sehr er sich auch in einer Privatfehde mit Alois Schlögl (CSU), dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, dagegen wehrte. Sogar ein Protestschreiben wollte Erhard »in großer Zahl drucken« und an »alle Persönlichkeiten des öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens« verschicken. Dazu plante er »die Auseinandersetzung möglichst vor den Verfassungsgerichtshof« zu bringen, wie er am 16. November 1947 in einem erregten Brief an den bayerischen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler ankündigte.<sup>13</sup> Auch eine Honorarprofessur für Volkswirtschaft an der Universität München, die Erhard am 7. November 1947 unmittelbar nach Abschluß des Untersuchungsausschusses erhielt, konnte nicht besänftigen, ja sie unterstrich im Grunde den »Makel« des realitätsfernen Theoretikers.

### Erhard und die bayerischen Liberalen

Mit Beginn des Untersuchungsausschusses Anfang 1947 schien für den parteilosen Erhard der Ausflug in die Politik schon beendet, ohne daß er Adenauer je begegnet wäre. Doch die zahlenmäßig unbedeutenden bayerischen Liberalen um Thomas Dehler hatten ein Auge auf den Ökonomen geworfen. Bereits am 10. Februar 1946 sprach Erhard auf Einladung gemeinsam mit Dehler auf einer FDP-Kundgebung in Nürnberg, lehnte aber einen Parteieintritt kategorisch ab: »Als ich bei meinem Amtsantritt nach meiner persönlichen Einstellung befragt wurde, erklärte ich, daß ich mich grundsätzlich zu einer demokratischen Weltanschauung bekenne, aber mich parteipolitisch nicht gebunden erachte und demzufolge auch mein Amt als Fachminister zu verwalten gedenke.«<sup>14</sup> Doch die Liberalen, die in den 40er Jahren in Bayern bei Wahlen nur zwischen 2,3 und 5,6 Prozent erreichten,

<sup>12</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 42 f.

<sup>13</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 72.

<sup>14</sup> Eine Abschrift der Nürnberger Rede Erhards befindet sich im ADL, Nachlaß Dehler, N 53-156-Fs. 69 bis 81.

drängten auf Erhards Beitritt. In einem Brief an Dehler währte sich das FDP-Vorstandsmitglied Everhard Bungartz am 5. Juni 1946 bereits am Ziel: »Ich hatte heute Mittag, anlässlich einer längeren Besprechung mit dem Wirtschaftsminister Dr. Erhardt [sic!] auch eine Unterhaltung mit ihm über seinen eventuellen Beitritt zu unserer Partei. Herr Erhardt erklärte mir, daß er sich nun wirklich einmal mit der Frage des Beitritts beschäftigen wolle, da ihm meine Argumente eingeleuchtet haben.«<sup>15</sup> Doch Erhard hielt die Liberalen hin, nicht ohne sich geschickt deren weiterer Unterstützung zu versichern. Und der Glaube der bayerischen FDP-Führung ging so weit, daß sie den Franken, ob mit oder ohne Parteibuch, aus dem politischen Abseits zurück an die Schaltstellen der Macht beförderten.

### Frankfurter Wirtschaftsrat

Am 1. Januar 1947 legten Amerikaner und Briten ihre Besatzungszonen zur sogenannten Bizone zusammen. Im darauffolgenden Juli wurde in Frankfurt/Main der Wirtschaftsrat installiert, dem 52 Abgeordnete aus der ganzen Bizone angehörten. Entsprechend dem bizonenweiten Stärkeverhältnis konnte die CDU/CSU 20 Abgeordnete (14/6), die SPD ebenfalls 20 Abgeordnete, die FDP (bzw. deren Schwesterparteien DVU und LDP) vier, die KPD drei, die Deutsche Partei (DP) und die Zentrumspartei je zwei und die bayerische Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) einen Abgeordneten entsenden. Die beiden Vertreter der konservativen DP gingen von Beginn an eine Fraktionsgemeinschaft mit der CDU/CSU ein. Wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsrates war die Wahl der Direktoren der fünf bizonalen Verwaltungsbereiche für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Ernährung/Landwirtschaft/Forsten sowie Post- und Fernmeldewesen.

Konrad Adenauer gehörte zu den wenigen Politikern, die die Bedeutung des Wirtschaftsrates als Keimzelle eines zukünftigen deutschen Parlamentes erkannten. Im Vorfeld der Wahl des Wirtschaftsdirektors eilte der CDU-Vorsitzende in der britischen Zone nach Frankfurt, um gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden Müller einen Konfrontationskurs gegen die SPD durchzusetzen.<sup>16</sup> Die SPD stellte damals bereits alle acht Wirtschaftsminister in den Länderregierungen der Bizone und beanspruchte auch den Frankfurter Posten für sich und ihre planwirtschaftliche Politik. In der entscheidenden Fraktionssitzung vor der Wahl am 22. Juli 1947 warnte Adenauer, »daß mit der Aufgabe des Wirtschaftsdirektors durch die CDU, die CDU in der

---

<sup>15</sup> Brief von Bungartz an Dehler in ADL, Nachlaß Dehler, N1-2942. Kopie in ADL, Nachlaß Bungartz, N 33-9.

<sup>16</sup> Vgl. Tilman PÜNDER, *Das Bizonale Interregnum*, Waiblingen 1966, S. 109. Siehe auch K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 33.

britischen Zone einen Stoß erhalte, von dem sie sich nicht mehr erholen werde.«<sup>17</sup> Die parteiinterne Probeabstimmung über die Übernahme des Postens fiel mit zwölf Ja-Stimmen gegen sieben Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen recht knapp aus. Adenauers Engagement wird den Ausschlag gegeben haben. Die folgende Wahl des CSU-Mitglieds Johannes Semler durch eine Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und DP und damit durch eine Koalition, die auf Länderebene nirgendwo existierte, wurde zu einer der wichtigsten Weichenstellungen der deutschen Innenpolitik nach dem Krieg.

In einer seiner ersten Sitzungen hatten die Abgeordneten des Wirtschaftsrates außerdem auf Wunsch der Alliierten die sogenannte Sonderstelle Geld und Kredit einzurichten, die Vorschläge für die geplante Währungsreform erarbeiten sollte. Unter den acht Vollmitgliedern, die sich am 10. Oktober 1947 im Taunuskurort Bad Homburg zur konstituierenden Sitzung der Sonderstelle trafen, befand sich auch Ludwig Erhard, der wenig später sogar den Vorsitz übernahm.

Über die Hintergründe dieser Wahl war bislang wenig bekannt. Ein Dokument aus dem Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach legt den Schluß nahe, daß die Fäden bei Everhard Bungartz zusammenliefen, der als FDP-Abgeordneter dem Frankfurter Wirtschaftsrat angehörte und in engem Kontakt mit Erhard stand. In einem Redemanuskript für einen Vortrag an der Hochschule für Politik in München am 27. Februar 1978 machte Bungartz folgende Angabe: »Im Herbst 1947 wurden die Fraktionen des Wirtschaftsrates aufgefordert, Kandidaten für die sogenannte Sonderstelle Geld und Kredit zu benennen. Ich schlug in unserer Fraktionssitzung Dr. Ludwig Erhard vor, ... von dem ich wußte, daß seine liberalen wirtschaftspolitischen Auffassungen sich mit denen der bayerischen Industrie und der FDP Bayerns deckten.«<sup>18</sup>

#### Die Wahl Erhards zum Wirtschaftsdirektor

Auf einer Landesausschußsitzung der CSU am 3./4. Januar 1948 in Erlangen leistete sich Wirtschaftsdirektor Johannes Semler einen verbalen Ausfall gegen die Alliierten, die er für die schlechte Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung verantwortlich machte. Die als »Hühnerfütterrede«<sup>19</sup> in die Geschichte eingegangene Attacke verstieß eklatant gegen das

17 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949*, bearb. v. Rainer SALZMANN, Düsseldorf 1988, S. 46.

18 ADL, Nachlaß Bungartz, N33-9.

19 Text der Rede in: *Die CSU. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, hrsg. von Barbara FAIT und Alf MINTZEL unter Mitarbeit von Thomas SCHLEMMER, 3 Bde., München 1993, Dok. Nr. 29, S. 1333-1350.

Kontollratsgesetz Nr. 40, das Deutschen jede Kritik an alliierten Maßnahmen verbot. Am 24. Januar 1948 folgte fast zwangsläufig die Amtsenthebung Semlers.

Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger bereitete der CDU/CSU/DP-Fraktion in Frankfurt erhebliche Schwierigkeiten, nicht zuletzt weil den Abgeordneten kein verbindliches Wirtschaftsprogramm vorlag. Die CDU der britischen Zone hatte zwar im Februar 1947 das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm verabschiedet – ein schwammiger und bisweilen widersprüchlicher Kompromiß, der einerseits ein Schlußstrich unter »kapitalistische(s) Gewinn- und Machtstreben« zog und andererseits einem »Staatssozialismus« eine Absage erteilte.<sup>20</sup> Das Programm galt aber nicht für die CDU in der amerikanischen Zone, geschweige denn für die CSU in Bayern, die ja ebenfalls Abgeordnete nach Frankfurt entsandt hatten. In der dortigen gemeinsamen Fraktion glitt die Debatte über Semlers Nachfolge fast zwangsläufig in Grundsatzdiskussionen über die Wirtschaftspolitik ab. Die Anlage zum Protokoll der Fraktionssitzung vom 23. Februar 1948 verzeichnet unter dem Punkt »Freie oder gebundene Wirtschaft« die bezeichnende Feststellung: »Die CDU muß ein klares und eindeutiges Gesicht in dieser Frage zeigen. Was gegenwärtig herrscht, ist kein Kompromiß, sondern Systemlosigkeit.«<sup>21</sup> In dieser Sitzung wurden acht mögliche Kandidaten für das Amt des Wirtschaftsdirektors gehandelt, wobei bemerkenswerterweise auch der Name »Erhard« bereits auftauchte. Um mehr Zeit für die Kandidatenkür zu gewinnen, wurde zudem die Möglichkeit erwogen, den bisherigen Stellvertreter Semlers, Dr. Walter Strauß, interimistisch mit den Amtsgeschäften zu betrauen. In der Fraktionssitzung vom 24. Februar war dann bereits von der Verschiebung der Neuwahl die Rede, die am 2. März stattfinden sollte. Allmählich begann der Fraktion die Zeit davonzurinnen. Am 29. Februar endete die Debatte über die Semler-Nachfolge im Fraktionsvorstand mit den ernüchternden Worten: »In dieser Frage kommt es zu keiner Klärung.« In der morgendlichen Fraktionssitzung (9.00-11.30 Uhr) des 1. März, einen Tag vor der Wahl, waren mit den Herren Seidel, Strauß, Seeling, Seebohm und Schniewind immer noch fünf Kandidaten im Rennen. Um die Konfusion zu beenden, schlug der CDU-Abgeordnete und Adenauer-Vertraute Robert Pferdenges die Bildung einer Prüfungskommission zur Kandidatenkür vor, in die außer ihm selbst noch fünf weitere Fraktionsmitglieder gewählt wurden.

---

<sup>20</sup> Das Programm ist enthalten in: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, bearb. v. Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 280-286, hier S. 280 f.

<sup>21</sup> Zu den Fraktionssitzungen zwischen dem 23. Februar und dem 1. März siehe *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm.17), S. 143-157.

In der Nachtsitzung (20.45-1.00 Uhr) des gleichen Tages schlug die Kommission dann den niedersächsischen Arbeitsminister Hans-Christoph Seebohm (DP) als Kandidaten vor. Doch ausgerechnet an dieser entscheidenden Sitzung nahmen erstmals zwei Vertreter der verbündeten FDP-Fraktion teil (Oellers und Faßbender). Es kam zu einer heftigen Debatte, in der die FDP-Abgeordneten auf ihrem Kandidaten Ludwig Erhard bestanden. Am Ende verzeichnete das Protokoll: »Zugunsten einer gedeihlichen zukünftigen Zusammenarbeit mit der FDP verzichtet (daher) die Fraktion auf die Nomination Dr. Seebohms. Obwohl dieser die einhellige Anerkennung der kleinen Kommission gefunden hat, beschließt die Fraktion mit zwölf gegen zwei Stimmen, der Kandidatur Dr. Erhards zuzustimmen.« Die nunmehr letzte Fraktionssitzung vor der Direktorenwahl am Morgen des 2. März (9.00-9.30 Uhr) bestätigte die in der Nacht getroffene Entscheidung: »Die verschiedentlich gehegten Bedenken werden zugunsten der Fraktionsdisziplin zurückgestellt.« Damit hatte die FDP, der Junior-Partner in der Koalition, die Besetzung einer Schlüsselposition in der Bizone erkämpft – für einen Mann, dem nur wenige Monate zuvor in einem Untersuchungsausschuß die CSU die Fähigkeit abgesprochen hatte, eine Verwaltung führen zu können.

Der durch eine mangelhafte Fraktionsführung aufkommende Zeitdruck und die Angst, vor der Öffentlichkeit das Gesicht zu verlieren, hatten auf Seiten der CDU/CSU dazu geführt, daß am 2. März ein Kandidat gewählt wurde, über den eine angemessene Diskussion völlig unterblieben war. Am 19. März, also über zwei Wochen nach der Direktorenwahl, beschwerte sich der DP-Abgeordnete Mühlenfeld brieflich bei Fraktionschef Holzapfel über Erhards Vorleben: »Dieser Ausschuß [gemeint ist der bayerische Untersuchungsausschuß von 1947 – A.M.] soll nach fast einjähriger Arbeit festgestellt haben, daß Dr. Ehardt [sic!] ein unglaubliches Durcheinander im Ministerium hinterlassen habe und daß es ihm während seiner ganzen Amtszeit nicht gelungen sei, eine einigermaßen taugliche ministerielle Organisation zu schaffen.« Ungehalten merkte Mühlenfeld an, »daß in den Fraktionsbesprechungen, in denen Dr. Ehardt [sic!] als Kandidat für den Direktor für Wirtschaft genannt wurde, diese Vorgänge nicht erwähnt wurden, die doch zweifellos den Fraktionsmitgliedern aus Bayern, insbesondere auch Herrn Dr. Müller bekannt waren.«<sup>22</sup>

Warum hatte CSU-Chef Josef Müller vornehm geschwiegen? Die Antwort muß offenbleiben. Immerhin galt Müller als Vertreter des liberalen Flügels

---

<sup>22</sup> Der Brief befindet sich im Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Holzapfel, N 1278-36. Die Anfrage des DP-Abgeordneten wurde in der Fraktionssitzung vom 30. März 1948 kurz behandelt, ohne daß Näheres über die Debatte bekannt ist. Siehe dazu: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 168.

seiner Partei und wird von Erhard-Biograph Jess M. Lukomski zu den frühen politischen Freunden Erhards gerechnet.<sup>23</sup>

Das Schweigen Konrad Adenauers hatte andere Gründe, und es liegt nahe, das unübersehbare Chaos in der Frankfurter CDU/CSU-Fraktion mit der Abwesenheit des wichtigsten CDU-Politikers in Verbindung zu bringen. Hatte Adenauer noch im Sommer 1947 die Wahl Semlers eingefädelt, zwang ihn jetzt eine tiefe persönliche Krise zu politischer Abstinenz. Seit Herbst 1947 wurde der Zustand seiner schwerkranken Frau Gussie, die vermutlich unter Leukämie litt, immer bedrohlicher. Ab dem 22. Februar 1948 mußte Adenauer alle auswärtigen Termine absagen. Dies betraf auch die Teilnahme an Fraktionssitzungen in Frankfurt, die er noch am 21. Februar geplant hatte.<sup>24</sup> Gussie Adenauer starb mit 52 Jahren am 3. März 1948 in einem Bonner Krankenhaus, also genau einen Tag nach der Frankfurter Direktorenwahl. Zwischen dem 27. Februar und dem 9. März sind keine Briefe Adenauers überliefert. Nicht unterschlagen werden soll der Hinweis eines Referenten im Frankfurter Länderrat, Adenauer habe sich für Hans-Christoph Seebohm ausgesprochen.<sup>25</sup> Dies müßte dann telefonisch, vielleicht in einem Gespräch mit seinem Vertrauten Robert Pferdenges erfolgt sein.

Hätte Erhard auch bei einem einsatzbereiten Adenauer den Posten bekommen? Vieles spricht dagegen. Anders als der überforderte Holzapfel hätte Adenauer mit seiner gewohnt straffen Sitzungsführung für eine geordnete Entscheidungsfindung gesorgt. Außerdem war Adenauer nicht der Mann, der sich von einem kleineren Koalitionspartner Personalentscheidungen für Schlüsselpositionen diktieren und damit aus der Hand nehmen ließ. Wie wichtig ihm das Amt des Wirtschaftsleiters für die CDU/CSU war, hat die Debatte im Juli 1947 gezeigt. Immerhin, und dies beweist noch einmal seine überragende Bedeutung für die CDU/CSU, konnte Adenauer trotz der persönlichen Belastung den Posten des ebenfalls zu wählenden Oberleiters noch in seinem Sinne besetzen. Am 29. Februar nominierte die CDU/CSU-Fraktion Hermann Pünder, den damaligen Kölner Oberbürgermeister. Dessen Zusage hatte wenige Stunden zuvor niemand anderes als Konrad Adenauer in einem persönlichen Gespräch in Köln erreicht.<sup>26</sup>

Wie amateurhaft die CDU/CSU/DP-Fraktion mit der FDP verhandelt

---

<sup>23</sup> Jess M. LUKOMSKI, *Ludwig Erhard. Der Mensch und der Politiker*, Düsseldorf-Wien 1965, S. 61.

<sup>24</sup> K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 177 ff.

<sup>25</sup> Mündlicher Hinweis von Dr. Theo Sautter, damaliger Referent im Generalsekretariat des Länderrats in Frankfurt, vom 12. Dezember 1980, dokumentiert von Rolf WENZEL, *Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland*, Flensburg 1983, S. 193, Anm. 255.

<sup>26</sup> Siehe Hermann PÜNDER, *Von Preussen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968, S. 320 ff.

hatte, offenbarte sich am Wahltag. Während Erhard verabredungsgemäß alle Stimmen der Koalition bekam, bestand die FDP auf einem eigenen Kandidaten für den Posten des Oberdirektors und stimmte geschlossen gegen Hermann Pünder. Dieser beklagt sich noch in seinen Memoiren bitterlich, daß »eine zuvorige Abstimmung mit der FDP-Fraktion unverständlicherweise unterblieben war«. <sup>27</sup>

#### Nominierung Erhards durch die FDP

Sitzungsprotokolle der FDP-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat sind leider unauffindbar, dennoch läßt sich die Nominierung des parteilosen Erhard durch die Liberalen weitgehend rekonstruieren. Erhard selbst war es, der sich mit verschiedenen Briefen an Thomas Dehler und den Frankfurter FDP-Fraktionsvorsitzenden Franz Blücher als Wirtschaftsexperte in Erinnerung hielt. In einem Brief an Dehler vom 16. November 1947 deutete der damalige Vorsitzende der Sonderstelle Geld und Kredit sogar an, sich in einem kommenden Wahlkampf stark für die FDP engagieren zu wollen. <sup>28</sup> Auf ein derartiges Bekenntnis hatte Dehler ja schon seit längerem vergeblich gehofft. An Franz Blücher, Vorsitzender des Ausschusses für Finanz- und Steuerwesen in Frankfurt und damit besonders an der Arbeit der Sonderstelle interessiert, ließ Erhard mehrfach wirtschaftspolitische Vorschläge herantragen. Zuletzt schrieb Erhard in diesem Zusammenhang am 20. Februar 1948 an Blücher folgenden Brief:

»Sehr verehrter Herr Kollege! Da ich erst am Mittwoch morgen in Frankfurt eintreffe, möchte ich doch nicht verfehlen, Ihnen einen letzten grundsätzlichen Aufsatz in der ›Neuen Zeitung‹ über unsere bisherige Wirtschaftspolitik zu übermitteln ... Ich würde mich freuen, wenn wir uns im Laufe der nächsten Woche vielleicht einmal etwas ausführlicher über dieses Thema unterhalten könnten«. <sup>29</sup> Handschriftlich fügte Erhard am Ende an: »Komme nun doch bereits Montag Abend nach Frankfurt.«

Warum schickte Erhard so eilig eine Arbeitsprobe seiner Fähigkeiten nach Frankfurt? Was trieb ihn dann früher als geplant in den Dunstkreis des Wirtschaftsrates? Der Schluß liegt nahe, daß Erhard mit diesem Brief in das Rennen um die Nachfolge Sémmlers eintreten wollte. Adressiert ist das Schreiben an das Frankfurter Hotel »Monopol-Metropol«. Victor Emanuel Preusker, damaliger Mitarbeiter der FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat,

<sup>27</sup> EBD., S. 328.

<sup>28</sup> ADL, Nachlaß Dehler, N 53-157-Fs. 72.

<sup>29</sup> BA Koblenz, Nachlaß Blücher, N 1080-93-Fs. 265, Kopie bei Andreas METZ, *Die ungleichen Gründerväter. Adenauers und Erhards langer Weg an die Spitze der Bundesrepublik*, Konstanz 1998, S. 118.

erwähnt ohne genaue Datierung ein Gespräch zwischen ihm selbst, Blücher und Erhard. Eine Zeitungsnotiz in einem amerikanisch lizenzierten Blatt (höchstwahrscheinlich der erwähnte Artikel aus der Neuen Zeitung) habe sie veranlaßt, Erhard zu einem Gespräch einzuladen: »Ich weiß noch, dieses Gespräch fand im Hotel ›Metropol‹ statt ... Wir wurden uns sehr schnell einig.«<sup>30</sup> In diesem Frankfurter Hotel fand also in aller Stille irgendwann nach dem 20. Februar 1948 die Kandidatenkür der FDP statt. Ob sich Erhard noch der gesamten FDP-Fraktion präsentierte, muß wegen fehlender Quellen offenbleiben. Blücher dürfte jedoch keine Schwierigkeiten gehabt haben, Erhard durchzusetzen, da ihm sicherlich auch das Fraktionsmitglied Everhard Bungartz zur Seite stand.

Nach der so erfolgreichen Direktorenwahl schien die Verbindung zwischen Ludwig Erhard und der FDP perfekt zu sein. Doch der Eindruck täuscht. Erhard blieb auf Distanz bedacht. Ja er nahm immer häufiger an Sitzungen der Frankfurter CDU/CSU-Fraktion teil.<sup>31</sup> Ohne den Rückhalt der größten Ratsfraktion, das mußte ihm klar sein, konnte er seine ehrgeizigen Ziele nicht verwirklichen. Bei der FDP setzten prompt erhebliche Irritationen ein, was besonders drastisch ein Schreiben von Thomas Dehler ausdrückt. Auf eine besorgte Anfrage des bayerischen Landesverbandes, der die Stellung Erhards zur FDP geklärt wissen wollte, schrieb Dehler am 12. März 1948, also gerade zehn Tage nach der Direktorenwahl: »Dr. Erhard ist nicht Mitglied der Freien Demokratischen Partei. Er ist einer der Leute, die uns ›nahestehen‹. Es gibt Tausende solcher Männer. Wir lieben sie nicht. Aus ihnen rekrutiert sich das Heer der ›Mitläufer‹, die schon immer eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben.«<sup>32</sup>

### Auf dem Weg zur Wirtschaftsreform

Am 6. April 1948 übernahm Erhard offiziell die Amtsgeschäfte von Walter Strauß, der für den entlassenen Semler eingesprungen war. Am 21. April unterbreitete der neue Wirtschaftsdirektor dann mit einer Grundsatzrede<sup>33</sup> vor dem Wirtschaftsrat sein Konzept. Die zarten Ansätze unter Semler in Richtung einer Liberalisierung der Zwangswirtschaft sollten stark beschleunigt und der Belebung der Konsumgüterindustrie Vorrang vor der bisherigen För-

---

30 Zitat aus: *Ludwig Erhard und seine Politik. Symposium XIII der Ludwig Erhard-Stiftung Bonn, Stuttgart-New York 1985*, S. 116.

31 Siehe zum Beispiel Anwesenheitsliste der Fraktionsprotokolle vom 15. März und 30. März 1948 in: *CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 162 und 167.

32 ADL, Nachlaß Dehler, N 1-22.

33 Die Rede ist enthalten in Ludwig ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf-Wien 1962, S. 38-61.

derung der Grundstoffindustrie eingeräumt werden. Erhard kündigte indirekt die baldige Freigabe der Preise nach einem harten Währungsschnitt an und schloß mit dem ihm eigenen Optimismus: »Aus rauher Gegenwart eröffnet sich ein versöhnlicher Ausblick in eine für unser Volk wieder glücklichere Zukunft.« Es war dieser Optimismus, inmitten des Nachkriegstrümmerlandes mit weicher und gleichzeitig tiefer Stimme vorgetragen, der zu Erhards stärkster Waffe werden sollte.

Worauf sich die Selbstsicherheit des Franken gründete, zeigt der folgende Satz aus gleicher Rede: »Wenn ich dieses Amt übernahm, so geschah es in dem Bewußtsein, daß in unserer Lage weder die gemeine Erfahrung noch Verwaltungsroutine zur Meisterung anstehender Probleme ausreichen, sondern daß nur die aus praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis fließende tiefere Einsicht in die sehr komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge dazu befähigen kann, ... das vielleicht sogar chaotisch anmutende Geschehen zu entwirren und sinnvoll zu ordnen.« Es lohnt sich, diesen für Erhard so ungemein typischen Schachtelsatz auseinanderzunehmen, spiegelt er doch quasi im Destillat das Selbstverständnis dieses ungelerten Politikers wieder. Kein Verwalter wollte er sein, ein deutlicher Seitenhieb auf die Vorwürfe aus bayerischer Zeit, sondern ein Visionär, der seine Ideen allerdings aus einer abgesicherten tieferen »wissenschaftlichen Erkenntnis« herleitete. Das klingt missionarisch, pathetisch, ja naiv – und das war es ein Stück weit wohl auch. Aber Erhard hatte seiner zögerlichen Umwelt eines voraus, er hatte ein Ziel, auf das er mit der ihm eigenen Unbekümmertheit zusteuerte.

### Adenauer, der Pragmatiker

Während Erhard erste politische Akzente setzte, rang Adenauer mit dem Verlust seiner Frau. Wenig ist von ihm aus diesen Tagen überliefert, Parteifreunde spekulierten schon über einen Ausstieg des 72jährigen aus der Politik, und Adenauer selbst wird insgeheim darüber nachgedacht haben. Für die nicht gerade unwichtigen Vorgänge im Wirtschaftsrat scheint Adenauer sich erst Ende April wieder stärker interessiert zu haben. Der eingangs erwähnte Brief vom 2. Mai 1948 wurde dann zum Auftakt einer Beziehung der denkwürdigen Art, die auf wundersame Weise vier Bundestagswahlen überdauern sollte.

Außergewöhnliche Tüchtigkeit und mangelhafte Verwaltungserfahrung – so wurde Erhard von Dritten gegenüber Adenauer beschrieben, wie sich aus besagtem Brief ergibt; ein Urteil, das unverkennbar vom bayerischen Untersuchungsausschuß geprägt ist und im Grunde ja auch gar nicht so falsch war. Über Erhards Politikstil erfahren wir beispielsweise von seinem

damaligen Pressesprecher Kuno Ockhardt folgendes: »Das Einmalige an dieser Zusammenarbeit war, daß Ludwig Erhard kein Mann von Befehlen oder Aufträgen war; er äußerte Wünsche, gab Anregungen und ließ jeden für sich und auch gemeinsam seine Tätigkeit ausüben.«<sup>34</sup> Und Erhard selbst gestand Jahre später: »Verwaltungsmäßige Arbeit gehört nicht gerade zu meinen ausgesprochenen Leidenschaften, aber dazu hat ein Minister ja seine Beamten.«<sup>35</sup> Erhard war eben gelernter Wissenschaftler, der nicht an Parteibücher, sondern an die Überzeugungskraft seiner Theorien und auf naive Weise an das Gute im Menschen glaubte. In der Welt der Fraktionszwänge, Geschäftsordnungen und politischen Intrigen wirkte er seltsam deplaziert, oder auch wohlthuend anders, je nach Blickwinkel.

Aus welchem Holz war dagegen Adenauer geschnitzt. Schon der optische Vergleich offenbart Gegensätze, wie sie größer kaum sein können. Hier der rundlich-gedrungene Genußmensch Erhard, mit seiner Vorliebe für dicke Zigarren, dort der Nichtraucher Adenauer, groß und asketisch-dürr von Gestalt, Optimist der eine, Skeptiker der andere. Ausgerechnet die von Erhard ungeliebte Verwaltungsarbeit war die Klaviatur, auf der der gebürtige Kölner virtuoso zu spielen verstand, wie ein Blick auf seine Biographie unterstreicht: 1906 als gelernter Jurist mit 30 Jahren zum jüngsten Beigeordneten seiner Vaterstadt gewählt, stieg Adenauer bereits 1909 zum ersten Beigeordneten und Zuständigen für die Finanz- und Personalverwaltung auf, um 1917 zum jüngsten Oberbürgermeister einer preußischen Millionenstadt bestellt zu werden. Wenig haßte das erfolgreiche wie exzentrische Kölner Stadtoberhaupt mehr, als eine ineffiziente Verwaltung: »Sachen, die mir ohne zwingenden Grund erst in den letzten Tagen vor einem Urlaubsantritt vorgelegt werden, werde ich nicht mehr annehmen; die betreffenden Beamten, welche die verspätete Vorlage verschuldet haben, werde ich zur Rechenschaft ziehen lassen«<sup>36</sup>, polterte Adenauer 1930. Hans-Peter Schwarz erblickt in ihm den »Schrecken aller die Bequemlichkeit liebenden Untergebenen« und einen »zur Pingeligkeit neigenden Verwaltungsjurist(en)«.<sup>37</sup>

Auch der Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg offenbart Adenauers Vorliebe für klare Hierarchien und ein diszipliniert-distanziertes Miteinander. Obwohl ihn die Idee einer christlichen, für Protestanten und Katholiken gleichermaßen offenen Partei von frühester Stunde an faszinierte, zögerte er lange mit einem Engagement, auch weil er Leo Schwing, den Be-

34 Kuno OCKHARDT, *Der Vater des Wohlstandes*, in: *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum 75. Geburtstag*, hrsg. v. Gerhard SCHRÖDER/Alfred MÜLLER-ARMACK u.a., 2. Aufl., Frankfurt/Main 1972, S. 577.

35 G. GAUS, *Zur Person. Portraits in Frage und Antwort*, München 1964, S. 109.

36 Historisches Archiv der Stadt Köln 902/228/4, S. 403, zitiert nach Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt/Main-Berlin 1994, S. 201.

37 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1986, S. 108.

gründer der rheinischen CDP, offensichtlich für ungeeignet hielt, einen Parteiapparat zu führen.<sup>38</sup> Erst als einflußreiche Christdemokraten Adenauer an seinem 70. Geburtstag zum wiederholten Male drängten, die rheinische Parteiführung zu übernehmen,<sup>39</sup> begann sein unglaublicher Parforceritt an die Parteispitze. Von der »Geburtstagsverschwörung« des 5. Januar 1947 bis zur Übernahme des rheinischen Parteivorsitzes und des Parteivorsitzes in der gesamten britischen Zone – dem bis 1950 einflußreichsten CDU-Amt – vergingen nicht einmal vier Wochen. Auf der Strecke blieben neben Schwering auch der ehemalige Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Andreas Hermes, den Adenauer mit einem Verfahrenstrick sogar von einer entscheidenden Sitzung ausschloß.<sup>40</sup>

Wo Erhard vertraute, begegnete Adenauer den Menschen grundsätzlich mit Mißtrauen. »Es dauerte lange, bis er jemanden »akzeptierte«. Man war eigentlich immer auf Probe«, charakterisierte Horst Osterheld den Mann aus Rhöndorf.<sup>41</sup> Bei Erhard war nun aus Adenauers Sicht höchste Vorsicht angebracht. Er galt als schlechter Verwalter, war parteilos und auf dem Ticket der FDP in Amt und Würden gelangt.

### Erste Annäherungsversuche

In einem Artikel aus dem Jahre 1975 datiert Erhard das erste Treffen mit Adenauer auf »Sommer 1948«, die Begegnung soll Adenauer bereits im April telefonisch eingefädelt haben.<sup>42</sup> Koerfer reicht die vage Angabe, um in Begeisterungstürme auszubrechen: »Der mächtigste Parteipolitiker in der CDU legte seine Netze aus und bewies einmal mehr seine Fähigkeit, potentielle Bündnispartner sehr frühzeitig zu erkennen und sich dienstbar zu machen.« Alles habe Adenauer getan, um den »ansehnliche(n) Fisch ... im

---

38 Adenauer wurde am 2. September 1945 auf Betreiben Schwerings in den Vorstand der CDP-Rheinland gewählt, glänzte jedoch sowohl bei der Wahl als auch bei den folgenden Vorstandssitzungen durch Abwesenheit. Vgl. u. a. Brief Adenauers vom 1. September 1945 an Leo Schwering, in: K. ADENAUER, *Briefe 1945-47*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1983, S. 88. Antwort Schwerings vom 4. September 1945 in: Stiftung-Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) Rhöndorf, Nachlaß Adenauer, 08.05.027, und H.P. SCHWARZ (wie Anm. 37), S. 494. Zur Vorstandswahl siehe auch Klaus DREHER, *Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht*, Düsseldorf 1972, S. 127.

39 Siehe Brief Adenauers vom 6. Januar 1946 an seine Geburtstagsgäste, in: K. ADENAUER, *Briefe 1945-47* (wie Anm. 38), S. 141 f.

40 K. DREHER (wie Anm. 38), S. 146.

41 Horst OSTERHELD, *Konrad Adenauer. Ein Charakterbild*, Stuttgart 1987, S. 45.

42 Ludwig ERHARD, »Was uns trennte, was uns einte«, in: *Deutsche Zeitung. Christ und Welt*, Nr. 53 vom 26. Dezember 1975, S. 3.

bürgerlichen Parteienteich« einzufangen.<sup>43</sup> Rechtfertigt ein einfacher Telefonanruf beim neuen Wirtschaftsdirektor der Bizone diesen Jubelsturm?

De facto blieb Adenauer auffällig auf Distanz: Zum ersten eindeutig datierbaren Aufeinandertreffen zwischen ihm und Erhard kam es am 4. Juni 1948 während einer Frankfurter CDU/CSU-Fraktionssitzung,<sup>44</sup> was zu Erhards Angabe »Sommer 1948« ja auch passen würde. Eben diese Fraktionssitzung war für Erhard von einiger Bedeutung, schließlich stellte er in ihr den Anwesenden erstmals den Entwurf eines Leitsatzgesetzes vor, mit dem zeitgleich zur Währungsreform die Bewirtschaftung der meisten Güter aufgehoben werden sollte. Ohne während der Sitzung besonders in Erscheinung getreten zu sein, schrieb Adenauer drei Tage später an Dr. Edmund Kaufmann, den Stellvertreter Erhards, »keinen besonders günstigen Eindruck von der Fraktionssitzung am 4. d. Mts.« gehabt zu haben.<sup>45</sup> Warum schrieb Adenauer diese Zeilen an Erhards Stellvertreter und nicht an den Fraktionsvorsitzenden Holzapfel? Bereiteten ihm die Pläne Erhards Kopfzerbrechen?

Den einzigen Akzent, den Adenauer bezüglich der Währungs- und Wirtschaftsreform des 20. Juni 1948 nachweislich setzte, ist sein Einsatz für einen bestmöglichen Lastenausgleich für Flüchtlinge und Bombengeschädigte.<sup>46</sup> Auch dies deutet darauf hin, daß Adenauer die ganze Erhardsche Wirtschaftsreform eher sorgenvoll auf sich zukommen ließ.

### Das Leitsatzgesetz

Schon in seiner Grundsatzrede am 21. April 1948 hatte Erhard gemahnt, daß der Erfolg einer Währungsreform von gleichzeitig einsetzenden Wirtschaftsreformen in Richtung einer freien Marktwirtschaft abhängen würde. Das dafür benötigte »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform«, das der Freigabe der Preise Vorrang vor staatlicher Festsetzung einräumte, verabschiedete der Wirtschaftsrat in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni 1948 mit einer Mehrheit aus CDU/CSU/DP, FDP, WAV und Zentrum gegen die Stimmen von SPD und KPD. Die Freigabe der Preise mit Ausnahme von Hauptnahrungsmitteln, Kohle, Strom

---

43 D. KOERFER (wie Anm. 1), S. 40.

44 Vgl. Anwesenheitsliste des Sitzungsprotokolls in: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 211.

45 Brief vom 7. Juni 1948 in: K. ADENAUER, *Briefe 1947-1949* (wie Anm. 5), S. 255.

46 Vgl. Angabe von Gerd Bucerus in: Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Bonn 1986, S. 48 f.; siehe auch: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU*, hrsg. v. der Konrad-Adenauer-Stiftung, bearb. v. Helmuth PÜTZ, Bonn 1975, S. 532.

und Gas wurde in das Ermessen des Wirtschaftsdirektors und des Direktors für Landwirtschaft gestellt. Dieser Blankoscheck war eine juristisch heikle Konstruktion; Erhard, der vehement freie Hand für eine schnelle Reaktion auf mögliche Turbulenzen forderte, sprach selbst unumwunden von einem »Ermächtigungsgesetz«<sup>47</sup>.

Betrachtet man das Ahlener Programm der CDU in der britischen Zone, so war die Zustimmung der Union zu Erhards Plänen bei weitem keine Selbstverständlichkeit. Vor und in Ahlen hatten die liberaleren Wirtschaftspolitiker um Adenauer und Pferdenges heftig mit den Gewerkschaftern um Johannes Albers und Jakob Kaiser gerungen, die Anhänger eines »christlichen Sozialismus« waren. Heraus kam ein schwammiger Kompromiß, das sogenannte »machtverteilende Prinzip«. Es sah vor, Arbeitnehmer, Gemeinden und den Staat an Unternehmen zu beteiligen, Machtzusammenballungen zu verhindern, aber gleichzeitig Spielraum für Unternehmerinitiative zu erhalten. Außerdem wurden im Ahlener Programm die Vergesellschaftung von Bergbau und Eisenindustrie gefordert und Ertragsbeteiligungen sowie Mitbestimmungsrechte in Aufsichtsräten für Arbeitnehmer angestrebt.<sup>48</sup> Mit Erhard waren derartige Ziele nicht zu verwirklichen. Der Wirtschaftsdirektor verwahrte sich in der Debatte zum Leitsätzegezet im Wirtschaftsrat ausdrücklich gegen neue »Hemmnisse« in Form von paritätischen Wirtschaftskammern unter Beteiligung von Arbeitnehmern.<sup>49</sup>

Erhard wußte, was er den Gewerkschaftern innerhalb der CDU/CSU abverlangte, zu denen in Frankfurt eine Gruppe von sechs Abgeordneten um Theodor Blank gezählt wurde. Im Vorfeld der Abstimmung zum Leitsätzegezet initiierte Erhard zwei Sonderbesprechungen mit dieser Gruppe, wie der CSU-Abgeordnete und christliche Gewerkschafter Hugo Karpf vermerkte. Karpf schilderte die Begegnungen Jahrzehnte später als vollen Erfolg Erhards: »Er wirkte in seiner Haltung und mit seinen Vorstellungen ehrlich und vertrauenerweckend.«<sup>50</sup> Mit der Verabschiedung des Leitsätzegezet gelang es dem parteilosen Erhard erstmals, die immer noch diffuse Wirtschaftspolitik der CDU/CSU auf eine, nämlich seine marktwirtschaftliche Linie festzulegen. Ein Erfolg mit Signalwirkung.

47 Diesen Ausdruck gebrauchte Erhard laut Protokoll in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 4. Juni 1948, siehe: *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 211-215.

48 Das Ahlener Programm ist abgedruckt in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 280-286.

49 Erhard antwortete dem SPD-Abgeordneten Heinz Meyer, der sich Forderungen aus dem Ahlener Programm zu eigen gemacht hatte. Vgl. Willi SCHICKLING, *Entscheidung in Frankfurt*, Stuttgart 1978, S. 66 f.

50 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 25.

## Die Wirtschafts- und Währungsreform des 20. Juni 1948

Kurz nach der Verabschiedung des Leitsatzgesetzes im Wirtschaftsrat, aber noch vor der Zustimmung von Länderkammer und Militärbehörde, kündigten die drei Westalliierten die Einführung der D-Mark in ihren Zonen für den 20. Juni 1948 an. Um dennoch den Eindruck von gleichzeitig stattfindender Währungs- und Wirtschaftsreform zu erwecken, ließ Erhard eigenmächtig seinen Pressesprecher Kuno Ockhardt am 20. Juni über Radio für die Bizone das Ende der Bewirtschaftung der meisten Waren ankündigen,<sup>51</sup> während die Deutschen bereits Schlange standen, um ihre 40 D-Mark Kopfgeld abzuholen. Nach dem Willen Erhards sollte anstelle der alten Zwangswirtschaft mit ihren Bezugsscheinen und Lebensmittelkarten »allein das verdiente Geld ... der Berechtigungsnachweis für den Kauf der Güter sein.«<sup>52</sup>

Wütend über das Vorpreschen des Wirtschaftsdirektors zitierten die Militärgouverneure Erhard am 21. Juni zu sich. Auf den Vorwurf von US-Gouverneur Lucius D. Clay, er habe alliiertes Recht verändert, soll Erhard geantwortet haben: »Ich habe die Vorschriften nicht abgeändert, ich habe sie abgeschafft.«<sup>53</sup> Der Dolmetscher wird diese Taktlosigkeit sicher abgeschwächt haben, ohnehin war an die Entlassung des Wirtschaftsdirektors in dieser heiklen Situation nicht zu denken, zumal mit den Amerikanern die wichtigste Siegermacht hinter dem Konzept stand – wenn auch nicht hinter dem angeschlagenen Tempo.

Bereits am 25. Juni gab Erhard auf Grundlage des Leitsatzgesetzes für 90 Prozent aller Waren die Preise frei und erließ für Kohle, Strom, Gas, Wasser, Eisen, Mieten und diverse Grundnahrungsmittel Höchstpreise.<sup>54</sup> Die prall gefüllten Auslagen der Geschäfte gaben Erhard recht. Über Nacht hatte das neue Geld gehortete Waren ans Tageslicht geholt und der Glaube an marktgerechte Preise ließ sie auch nicht mehr auf den Schwarzmärkten versickern. Diese trockneten binnen kürzester Zeit aus, und die Schwarzhändler drängten zurück auf den offiziellen Arbeitsmarkt, wo es jetzt kaufkräftige D-Mark zu verdienen gab.

Erhard hatte hoch gepokert und sein Meisterstück abgeliefert. Über Rundfunk verband er am 21. Juni 1948 die Liberalisierung der Wirtschaft geschickt mit einem Durchbruch zu mehr Demokratie: »Der deutsche Staatsbürger wird erst dann wieder zu seiner Würde zurückfinden und sich aus

---

51 Vgl. K. OCKHARDT (wie Anm. 34), S. 575 ff. Erhard schilderte diese Episode gegenüber G. GAUS (wie Anm. 35), S. 112.

52 »Der Spiegel« vom 19. Juni 1948, S. 19.

53 Erhard machte diese Angabe gegenüber G. GAUS (wie Anm. 35), S. 112.

54 Volkard LAITENBERGER, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen 1986, S. 72.

innerem Erleben zur Demokratie bekennen können, wenn er in keiner Amtsstube mehr den Rücken zu krümmen braucht. Ihm dazu zu verhelfen, werde ich als meine vornehmste Aufgabe ansehen.« Als »Fachmann« wolle er sprechen, der zur »vertrauensvolle(n) Zusammenarbeit mit Vertretern aller Parteien« bereit sei: »Ich habe keinen politischen Ehrgeiz, und am wenigsten einen solchen parteipolitischen Art.«<sup>55</sup>

Als eine Art Bundeswirtschaftspräsident, so hätte sich Erhard gern gesehen. Allein die Zeit, in der er als reiner Fachmann Staat machen konnte, ging unweigerlich zu Ende.

### Der CDU-Parteitag von Recklinghausen

Als die Preise infolge des immer noch viel zu kleinen Konsumgüterangebotes immer rasanter anstiegen und die Arbeitslosenzahlen nicht mehr durch Schwarzmarktaktivitäten niedrig gehalten wurden, stand Erhards Zukunft urplötzlich zur Diskussion. Am 16. August, also knapp zwei Monate nach der Wirtschaftsreform, brachte die SPD einen Mißtrauensantrag gegen Erhard in den Wirtschaftsrat ein. Zur Begründung hieß es, »anstatt den Abbau der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle schrittweise vorzunehmen, wie es der wirtschaftlichen Vernunft entsprochen hätte, seien die Lockerungen auch für Güter des lebenswichtigen Bedarfs in einem Umfange erfolgt, daß ein sozialer Notstand eingetreten ist.«<sup>56</sup>

Der Mißtrauensantrag, der mit 47 zu 36 Stimmen abgelehnt wurde, führte Erhard deutlich vor Augen, daß sein politisches Überleben von der FDP, vor allem aber von der ungleich größeren CDU/CSU-Fraktion abhing. Umgekehrt hatte die Union mit der Zustimmung zum Leitsatzgesetz ihr Schicksal eng mit der Person Ludwig Erhard verknüpft. Einen profilierten Wirtschaftspolitiker hatten die Christdemokraten, die ja über keinen einzigen Wirtschaftsminister auf Länderebene verfügten, bis dato nicht hervorgebracht. Das Ahlener Programm hinkte der politischen Realität und der innerparteilichen Diskussion inzwischen weit hinterher. Zwar betrieb seit Frühjahr 1948 eine Gruppe um den Duisburger Rechtsanwalt Franz Etzel in der CDU der britischen Zone eine marktwirtschaftliche Ausrichtung mit den Zentralbegriffen »Leistung« und »Wettbewerb«<sup>57</sup>, die parteiinterne Debatte versandete aber, woran die zögerliche Haltung des Parteivorsitzenden Adenauer nicht ganz unschuldig war. Der war offensichtlich mit

55 L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), Düsseldorf-Wien 1962, S. 62-68.

56 »Die Welt« vom 17. August 1948, S. 1.

57 Den Programmwurf und seine Geschichte schildert ausführlich Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone 1945-49. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 12), Düsseldorf 1989, S. 508 f.

dem Ahlener Kompromiß fürs erste zufrieden und fürchtete einen neuen Konflikt mit den linken CDU-Sozialausschüssen um Johannes Albers. Die Unions-Vertreter im Frankfurter Wirtschaftsrat lösten das programmatische Vakuum auf ihre Weise, indem sie sich hinter Ludwig Erhard sammelten und ihn zum personifizierten Programm erhoben. Ein Scheitern Erhards konnte die ganze Partei aus den Angeln heben, dessen wurde auch Adenauer im August gewahr. In einem Brief vom 18. August 1948 äußerte er, daß ein erfolgreiches Mißtrauensvotum gegen Ludwig Erhard, den alten FDP-Mann, ein »vernichtender Schlag« gegen die CDU/CSU gewesen wäre.<sup>58</sup>

An Ludwig Erhard gab es für Konrad Adenauer nun kein Vorbeikommen mehr, ganz egal, was er persönlich von ihm hielt. Folgerichtig lud er den Franken für den 28. und 29. August 1948 auf den Parteitag der CDU in der britischen Zone nach Recklinghausen ein. In einem ersten vertraulichen Brief an Erhard vom 9. August 1948 – die Einladung war wohl wenige Tage zuvor in einem Gespräch übermittelt worden – freute sich Adenauer über dessen Kommen und versuchte, Erhard gleichzeitig gegen die SPD in Stellung zu bringen. »Der Feldzug der Sozialdemokratie gegen Frankfurt setzt auf breitester Front ein. Als wirksamstes Gegenargument gegen Frankfurt werden die Preissteigerungen ins Feld geführt«, analysierte Adenauer und bat Erhard inständig: »Denken Sie bitte an diese Gefahr und tun Sie Ihr Möglichstes, um sie auszuräumen.«<sup>59</sup>

Erhard nutzte seinen Auftritt vor den Delegierten in Recklinghausen, um seine Politik zu verteidigen und für sein Konzept als einziger Alternative zur »seelenlosen« Planwirtschaft zu werben: »Entweder wir verlieren die Nerven und geben dieser gehässigen demagogischen Kritik nach, dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei ... Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt.«<sup>60</sup> Diese Gleichung entsprach exakt der Plattform, auf der auch Adenauer seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen aufbaute. Sie wurde zum gemeinsamen Nenner, der die bald folgende Gemeinschaft abseits aller charakterlichen Abstoßungsreaktionen überhaupt möglich machte.

Für die skeptischen Anhänger des linken CDU-Flügels, die den sozialen Frieden durch grenzenlosen Markt egoismus gefährdet sahen, hatte Erhard in Recklinghausen noch ein besonderes Bonbon parat: »Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums ..., sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Gel-

---

58 K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 295 f.

59 K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 287.

60 Erhards Recklinghausener Rede ist enthalten in L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 70-83.

tung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenanstellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Erfolg zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.«

»Sozial verpflichtete Marktwirtschaft« – damit gelang Erhard ein Kunstgriff, der Wogen glättete und der von den CDU-Sozialausschüssen dankbar aufgegriffen wurde. Diese verstanden den Begriff »soziale Marktwirtschaft« allerdings mehr im Sinne des Erfinders Alfred Müller-Armack, der in seinem grundlegenden Buch aus dem Jahre 1946 *Keynesianische Politik*, das heißt die Möglichkeit staatlicher Konjunktur- und Sozialprogramme zur Korrektur sozialer Schief lagen, damit verband.<sup>61</sup> Erhard ging es aber nur um die Abgrenzung vom »Freibeutertum« durch Anti-Kartell-Gesetze, sonst wollte er den Staat aus dem Markt unbedingt heraushalten. Dieses Definitionschaos, das sich damals um den Begriff »soziale Marktwirtschaft« rankte, hat sich im übrigen bis in die heutige Zeit erhalten.

An Erhards Rede – sie war die längste des ganzen Parteitags – schloß sich langanhaltender Beifall an. Das Protokoll verzeichnet an verschiedenen Stellen Bravo-Rufe. Sogar Johannes Albers, Chef der CDU-Sozialausschüsse schien mitgerissen. Empört erinnerte er daran, daß die Frankfurter Wirtschaftspolitik auch von acht Gewerkschaftern innerhalb der CDU/CSU-Fraktion mitgetragen wurde: »Wir lassen uns von diesen Männern auch durch die diffamierende Art der SPD-Presse und der Gewerkschaften nicht trennen.«<sup>62</sup>

Adenauer, der auf dem Parteitag nichts Inhaltliches über die Wirtschaftspolitik sagte, blieb es als Moderator überlassen, die ohne sein Zutun entstandene Einigkeit zu würdigen.<sup>63</sup> In einer Resolution am Ende des Parteitages forderten die Anwesenden »die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges.« Ein Etappensieg für Erhard und gleichzeitig der Anfang vom Ende des Ahlener Programms.

### Mißmut bei der FDP

Unmittelbar nach dem CDU-Parteitag wurde der Wirtschaftsdirektor ansatzweise in die Parteiarbeit integriert, und Erhard ließ sich darauf ein, riskierte er doch sonst, den gerade gewonnene Kredit wieder zu verspielen. So erhielt der Wirtschaftsdirektor am 8. September 1948 von Holzapfel einen

<sup>61</sup> Begriff und Definition entstammen Alfred Müller-Armacks Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft«, das erstmals 1946 erschien.

<sup>62</sup> Albers Rede in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 700-703.

<sup>63</sup> EBD., S. 711.

Entwurf für Rednermaterial der CDU/CSU.<sup>64</sup> Gleichzeitig bat Adenauer den Wirtschaftsdirektor, mehrere Auftritte im anstehenden nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf zu absolvieren.<sup>65</sup> Erhard trat schließlich zwischen dem 10. und 17. Oktober 1948 in nicht weniger als elf Städten bei CDU-Veranstaltungen auf.<sup>66</sup> Ein ähnliches Engagement für die FDP läßt sich nicht nachweisen.

Bei den Freidemokraten wuchs unterdessen die Unruhe. Am 14. September 1948 sah sich der Frankfurter FDP-Fraktionsvorsitzende Blücher zu einer parteiinternen Klarstellung veranlaßt. Unter dem Titel »Wohin gehört Prof. Dr. Erhard?« resümierte Blücher, daß dieser »keiner Partei« angehöre. Daß er zuletzt häufiger bei CDU-Veranstaltungen gesprochen habe, läge allein daran, daß die CDU ihn eingeladen habe. »Diese Partei empfindet offenbar das Bedürfnis, die Wandlung der deutschen Wirtschaftspolitik für sich als ihr Verdienst in Anspruch zu nehmen.«<sup>67</sup> Am 19. September berichtete schließlich der Frankfurter FDP-Abgeordnete Wellhausen dem bayerischen FDP-Vorstand über ein Gespräch mit Erhard folgendes: »Prof. Erhard sei nach wie vor parteilos, und wenn man sich darüber beklage, dass er jetzt häufig bei der CSU [in Bayern wohl synonym mit CDU gebraucht – A.M.] spreche, so erkläre er dies mit der Notwendigkeit, diese bei der Stange zu halten. Richtig sei, dass Erhard zu oft rede und in manchen Dingen zu rasch vorgegangen sei. Im Ganzen leiste er aber gute Arbeit, sei mutig und habe ... auch schon Erfolge gehabt.«<sup>68</sup>

Die Passage deutet das ganze Dilemma der FDP an. Sie war mit Erhards Politik grundsätzlich einverstanden, aber die kleinere Partei. Damit fehlte das Druckmittel, das ein Engagement Erhards in der FDP hätte forcieren können.

### Die Schlange-Erhard-Krise

Auf welch tönernen Füßen der marktwirtschaftliche Kurs innerhalb der CDU/CSU stand, offenbarte sich im Herbst 1948. Der rasche Anstieg der Preise durch die gesteigerte Nachfrage nach der Währungsreform erhöhte den Druck auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik, zumal Erhard die Löhne, deren Freigabe ebenfalls im Leitsatzgesetz vorgesehen war, konstant

<sup>64</sup> BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-483.

<sup>65</sup> Die Initiative Adenauers erwähnt Erhard in einem Brief an den CDU-Kreisverband Siegen vom 13. September 1948, Ludwig Erhard-Stiftung Bonn (LES), II-027-061/2.

<sup>66</sup> Dies belegt eine Liste aus dem Nachlaß Holzzapfels, BA Koblenz, N 1278-264.

<sup>67</sup> BA Koblenz, Nachlaß Blücher 1080-244-009, Kopie in A. METZ (wie Anm. 29), S. 142.

<sup>68</sup> Protokoll der Landesvorstands- und der Fraktionssitzung der FDP Bayerns vom 19. September 1948 in Nürnberg, in: ADL, Nachlaß Dehler, N 1-21.

hielt. Der Wirtschaftsdirektor hoffte damit, eine rasche Entwertung des neuen Geldes zu vermeiden und gleichzeitig das Lohnniveau international konkurrenzfähig zu halten.<sup>69</sup> Nach einer Umfrage des Allensbach-Institutes glaubten im Oktober 1948 gerade noch 13 Prozent der Bevölkerung und nur 6 Prozent der Arbeiter, daß Erhard seine Arbeit gut verrichte.<sup>70</sup>

Bereits im August 1948 hatte der stellvertretende Vorsitzende der nordwürttembergischen CDU, Paul Bausch, einen Kurswechsel gefordert und Erhards Ideen »blutleere Theorien« genannt.<sup>71</sup> Mitte Oktober eskalierte dann eine Krise, die auf den Frankfurter Direktor für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen (CDU), zurückgeht. Schlange war der einzige der sechs Frankfurter Direktoren, der nicht eindeutig hinter der Liberalisierung der Wirtschaft und dem Leitsatzgesetz stand. Er und Ludwig Erhard wurden deshalb in der Öffentlichkeit gelegentlich zu »feindlichen Brüdern«<sup>72</sup> hochstilisiert. Schlange-Schöningen hatte als Verantwortlicher für Ernährung und Landwirtschaft allerdings auch eine gefährliche Gratwanderung zu absolvieren. Einerseits sollte ein starker Anstieg der Lebensmittelpreise verhindert werden, andererseits hatten die Bauern, die die Nahrungsmittel ja produzieren sollten, nach der Wirtschaftsreform unter einem drastischen Anstieg der Preise für Produktionsmittel zu leiden. Schlange sah den einzigen Ausweg darin, alle Güter wieder einer stärkeren Preiskontrolle zu unterwerfen.

In einer Rede im Frankfurter Wirtschaftsrat am 30. September 1948 vertrat Schlange-Schöningen provokativ die Meinung der sozialistischen Opposition und forderte eine neutrale »Oberste Preisbehörde« zur Kontrolle der Preisentwicklung,<sup>73</sup> was Ludwig Erhards Spielraum fundamental beschnitten hätte. Die Schlange-Erhard-Krise spaltete die Union in zwei Lager. Während Erhard die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat und die übrigen Direktoren auf seiner Seite wußte, hagelte es herbe Kritik aus den Ländern. Es wurde jetzt überdeutlich, wie sehr die Macher in Frankfurt der Parteibasis enteilt waren. Immer noch fehlte ein einheitliches CDU/CSU-Wirtschaftsprogramm, und das Chaos nahm seinen Lauf.

---

69 L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm.9), S. 94.

70 Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Der vergessene Auftrag*, in: *Festschrift zum 75. Geburtstag* (wie Anm. 34), S. 166-172; hier S. 168.

71 Paul BAUSCH, »Preissteigerungen ohne Ende«, abgedruckt in: *Hannoversche Presse* vom 31. August 1948, S. 2, zitiert nach Gerold AMBROSIUS, *Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949*, Stuttgart 1977, S. 184.

72 Diesen Eindruck hatte zumindest der Wirtschaftsdirektor, siehe L. ERHARD, *Deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 9), S. 86.

73 Siehe *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-49*, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 4: Januar-Dezember 1948, bearb. v. Christoph WEISZ/Hans-Dieter KREIKAMP/Bernd STEGER, München 1983, S. 991.

Anfang Oktober forderte der wirtschaftspolitische Ausschuß der CSU einstimmig den Rücktritt Ludwig Erhards.<sup>74</sup> In Frankfurt hingegen wurde am Stuhl Schlange-Schöningens gesägt. Am 18. Oktober kam es dort in der CDU/CSU-Fraktionssitzung zu einer Abstimmung über Schlanges Zukunft, deren Ergebnis aber geheimgehalten wurde.<sup>75</sup> Der nach Frankfurt geeilte Adenauer versuchte zu vermitteln und resümierte die Stimmung am Ende dieser Fraktionssitzung mit folgenden Worten: »Wenn die Fraktion sich für die Wirtschaftspolitik Prof. Erhards entschlossen habe, dann müßte der Direktor, der mit ihm nicht zusammenarbeite, eben fallen.«

Leichter gesagt, als getan. Die Abwahl Schlange-Schöningens wäre gegen die SPD schwer durchsetzbar gewesen, Erhards Unbeliebtheit in der Bevölkerung strebte einem Höhepunkt entgegen, und die ohnehin gebeutelten Christdemokraten hätten einen schweren Prestigeverlust in Kauf genommen. Zu allem Überfluß stützten auch die alliierten Militärbehörden den Landwirtschaftsdirektor, weil sie um die gerechte Verteilung ihrer Nahrungsmittellieferungen fürchteten.<sup>76</sup> So schwelte und loderte bisweilen die unionsinterne Krise bis zum Jahreswechsel weiter.

Wie dünn Erhards Nervenkostüm im Herbst 1948 war, verdeutlicht ein verbaler Ausfall, den sich der Wirtschaftsdirektor am 16. Oktober über Radio München leistete: »Die Verhetzung der Bevölkerung nimmt gerade in jüngster Zeit Formen an ..., daß verantwortliche Männer nicht länger schweigen dürfen, wenn nicht Dummheit und Gemeinheit siegen sollen.« Die Attacken der Gewerkschaften bezeichnete Erhard als »hysterisches Gekeife der Kollektivisten aller Sorten«<sup>77</sup>. Nur mit knapper Not überstand Erhard am 12. November 1948 einen 24stündigen Generalstreik gegen seine Wirtschaftspolitik, an dem sich fast 10 Millionen Arbeiter in der Bizone beteiligten. Zwei Tage zuvor war im Wirtschaftsrat ein erneutes Mißtrauensvotum gegen ihn mit 51 zu 43 Stimmen abgeschmettert worden.

Einen weiteren Tiefschlag aus den Reihen der Christdemokraten mußte Erhard am 18. November 1948 einstecken. Ausgerechnet das CDU-geführte Nordrhein-Westfalen griff in Person des Ministerpräsidenten Karl Arnold die Forderung Schlange-Schöningens auf und beantragte im Länderrat die Schaffung eines Preisamtes. Mit den Unionsstimmen wurde dort folgende Resolution verabschiedet: »Der Länderrat ist einstimmig der Auffassung,

---

74 Diese Aussage machte der CSU-Vorsitzende Müller am 28. Oktober 1948 in Frankfurt, siehe: *Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 738 f.

75 *Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat* (wie Anm. 17), S. 280-284.

76 Georg MÜLLER, *Die Grundlegung der westdeutschen Wirtschaftsordnung im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947-1949*, Frankfurt/Main 1982, S. 167.

77 DENA-Meldung über die Rede, zitiert nach Gerhard BEIER, *Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948*, Frankfurt/Main 1975, S. 37. Siehe auch Tagesnachrichten der Verwaltung für Wirtschaft Nr. 253, vom 16. Oktober 1948, S. 1 f.

daß die gegenwärtige Lage eine grundlegende Änderung der Preispolitik notwendig macht. Er ist ferner der Auffassung, daß der Versuch, eine funktionierende Marktwirtschaft herzustellen, auf den kritischen Mangelgebieten vorläufig als gescheitert betrachtet werden muß ...«<sup>78</sup>.

Die beiden kleineren Koalitionspartner in Frankfurt, FDP und DP, waren der fortgesetzten Querschüsse aus Reihen der Union überdrüssig. Am 17. Dezember 1948 schlossen sie sich gemeinsam mit zwei ehemaligen Abgeordneten der bayerischen Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) zu einer rechtsliberalen Fraktionsgemeinschaft zusammen und begründeten dies mit folgenden Worten: »Die Erfahrungen der letzten Wochen haben leider gezeigt, dass die Arbeitsweise der CDU/CSU-Fraktion nicht die nötige Gewähr und Sicherheit für eine konsequente und stetig durchgeführte Wirtschafts- und Sozialpolitik bietet. Die Unentschlossenheit und Uneinigkeit in den Reihen der grössten Regierungspartei hat vielmehr zu einer weitgehenden Unsicherheit ... geführt.«<sup>79</sup>

#### Mit Erhard und Adenauer aus der Krise

Anfang 1949 und damit wenige Monate vor der ersten Bundestagswahl, die zu diesem Zeitpunkt noch für April oder Mai erwartet wurde, steckte die Union in einer schweren Krise. Die Schuld dafür ist auch bei Konrad Adenauer zu suchen, der die Fortschreibung des Wirtschaftsprogramms, wie von Etzel und Scharnberg immer wieder gefordert,<sup>80</sup> nicht gerade forciert und die Bildung einer einheitlichen Parteiorganisation nicht energisch betrieben hatte. In Frankfurt machte sich Adenauer im gesamten Jahr 1948 erstaunlich rar, tauchte eigentlich immer nur in Krisensituationen auf. Gerd Bucerius, seit dem 21. April 1948 Mitglied der Frankfurter CDU-Fraktion, behielt folgenden Eindruck zurück: »Adenauer ist zweimal in Frankfurt gewesen, hat sich uns präsentiert und das eine oder andere gesagt. Nichts davon schien mir so bedeutsam, daß es mir in nachhaltiger Erinnerung blieb.«<sup>81</sup>

Nun könnte man den Tod von Gussie Adenauer und seine Verpflichtungen als Präsident des Parlamentarischen Rates ab September 1948 als Erklärungen anführen. Daß es anders ging, bewies der nunmehr 73jährige

<sup>78</sup> Vgl. *Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4 (wie Anm. 73), S. 57 f.

<sup>79</sup> Brief an Holzappel vom 17. Dezember 1949, in: BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-481-87.

<sup>80</sup> Bereits am 3. Mai 1948 schickte Etzel einen Zwölf-Punkte-Programmentwurf mit dem Titel »Stellungnahme der CDU zur Wirtschaftspolitik« an Adenauer, der dann aber versandete. Zur Geschichte dieses Entwurfs siehe Horstwalter HEITZER (wie Anm. 57), S. 508 f.

<sup>81</sup> Zitiert nach Rudolf MORSEY (Hrsg.), *Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1986, S. 47 f.

Adenauer Anfang 1949. Auf dem Höhepunkt der Parteikrise leitete er mit einer Tagung in Königswinter bei Bonn am 8. und 9. Januar die Wende ein. Seit der sogenannten Reichstagung in Bad Godesberg vom Dezember 1945 war Königswinter das wichtigste Zusammentreffen von christlichen Politikern aller Besatzungszonen. Gekommen war alles, was in CDU und CSU Rang und Namen hatte. Unverständlicherweise hat die Forschung das Treffen bislang nicht angemessen gewürdigt, wurde doch in Königswinter der Grundstein für den späteren Wahlerfolg der CDU/CSU gelegt. Hier erlebte die Soziale Marktwirtschaft einen wichtigen politischen Etappensieg, hier kristallisierte sich die Allianz von Adenauer und Erhard heraus, und hier trat erstmals der zukünftige, alleinige Parteichef und kommende Bundeskanzler Adenauer ans Licht.

Adenauer brachte als Sitzungsleiter zunächst alle parteiinternen Konflikte der letzten Zeit aufs Tapet, sprach von »Exzessen« und einer »Gesellschaft, bei der man nicht weiß, wer Koch oder wer Kellner ist, bei der der eine gegen den anderen wütet.«<sup>82</sup> Adenauers Einigkeitsappelle trafen so sehr den Nerv der Anwesenden, daß der rheinland-pfälzische Christdemokrat Zimmer spontan einen »Antrag auf Bildung der CDU für Deutschland«<sup>83</sup> stellte, worüber zu entscheiden sich das Gremium aber nicht ausreichend legitimiert fühlte. Immerhin wurde auf Adenauers Drängen hin ein gemeinsamer Wahlausschuß für die Bundestagswahl gebildet, in den jeder Landesverband einen bis zwei Vertreter entsenden sollte.

Die Sündenkartei, die Adenauer in Königswinter ausbreitete, war groß. Er kritisierte Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat, Konflikte innerhalb der CSU, die durch das Auftreten der Bayernpartei in einer Existenzkrise steckte, »und nicht zuletzt diese betrüblichen und außerordentlich bedauernden Vorgänge in Frankfurt ... Ein Kampf zweier Direktoren, die beide von einer Fraktion gewählt worden sind, gegeneinander in aller Öffentlichkeit.«<sup>84</sup> Der eine Direktor, Schlange-Schöninggen, mußte aufgrund eines Autounfalls der Sitzung fernbleiben, der andere, Erhard, nahm als Parteiloser an der hochbrisanten Parteisitzung teil und drückte ihr unerwartet seinen Stempel auf.

Am 9. Januar, kurz vor Ende des Treffens, griff Erhard in die Debatte ein, prophezeite einen »großen Sieg« bei der Bundestagswahl bei »Fortführung unserer bisherigen Politik«. Dann schlug er, unterstützt von Hermann

---

82 StBKAH Rhöndorf, 11.08.04 bis 265. Hier Blatt 112-115. (Eine Abschrift des Sitzungsprotokolls ist enthalten in: *Die Unionsparteien 1946-1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, bearb. v. Brigitte KAFF, Düsseldorf 1991, S. 252-366.)

83 EBD., Blatt 121.

84 EBD., Blatt 112 f.

Pünder, der Versammlung eine Resolution vor, mit der seiner Politik das Vertrauen ausgesprochen und der Planwirtschaft eine Absage erteilt werden sollte. Der Kernsatz lautete: »Die Versammlung billigt die vom Verwaltungsrat und den einzelnen Verwaltungen des vereinigten Wirtschaftsgebietes eingeschlagene Politik der sozialen Marktwirtschaft.«<sup>85</sup>

Adenauer war über den Vorstoß, der nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte, sichtlich überrascht, unterstützte aber spontan das Anliegen. Sogleich regte sich massiver Widerspruch. Vor allem Johannes Albers, prominenter Vertreter der Sozialausschüsse, legte sein Veto ein: »Ich spreche im Namen vieler Arbeitnehmer und kann von meinem Standpunkt aus dieser Version nicht zustimmen.« Ausgerechnet sein Gewerkschaftskollege Theodor Blank fegte die Kritik beiseite: »Es ist im innersten Führungskörper der Partei offenbar keine einheitliche Meinung, wohl ist eine einheitliche Meinung in der Fraktion des Wirtschaftsrates. Und da kann ich im Namen meiner Kollegen, die vielleicht mehr in der Arbeiterbewegung stehen, hier erklären, daß wir vollinhaltlich die Politik, die die Fraktion geführt hat, bejahen und daß wir sie weitestgehend beeinflußt haben.« Adenauer stimmte zu: »Wir haben den Kurs eingeschlagen, und der Kurs war richtig.« Den Wunsch auf Vertagung der Debatte wischte er vom Tisch: »Nicht in 14 Tagen, heute muß es gemacht werden.« Am Ende bekam Erhard seine Resolution. Die »soziale Marktwirtschaft«, wie seine Wirtschaftspolitik nun offiziell hieß, wurde damit zum Leitbild der gesamten CDU/CSU erhoben und erlebte ihre eigentliche politische Geburtsstunde. Albers, Arnold und die anderen Kritiker gaben sich mit einem Schlußsatz zufrieden, der die »Herbeiführung eines optimalen Lohn-Preisverhältnisses« als Ziel noch einmal betonte.

Natürlich profitierte Erhard von Adenauers Integrationskraft. In Königswinter muß der Franke erstmals gespürt haben, daß Adenauer der Mann war, der seinen Ideen auch an der Basis zum Durchbruch verhelfen konnte. Die Vorstellung aber, Adenauer habe alles getan, um den »Fisch« Erhard an Land zu ziehen, wie Koerfer noch folgerte,<sup>86</sup> muß zurechtgerückt werden. Erhard selbst war derjenige, der sich jetzt verstärkt in der Union engagierte, weil er ernsthaft um die Zukunft seiner Politik fürchten mußte. Adenauer hatte den Tatendrang nur in die richtigen Bahnen zu lenken. Und dies tat er umso bereitwilliger, je mehr sich die Entspannung der Wirtschaftslage und der Erfolg der Erhardschen Politik abzeichnete.

---

85 Zur Debatte über die Resolution siehe EBD., Blatt 257-260.

86 D. KOERFER, (wie Anm. 1), S. 40.

## Ein ungleiches Gespann entsteht

Am 5. Februar 1949 prangte aus Anlaß des 52. Geburtstags des Wirtschaftsdirektors ein großes Erhard-Porträt auf der Titelseite des »Spiegel«. Mit der Zeile »Ludwig Erhard Triumphator« wurde eine Hintergrundgeschichte im Heftinneren angekündigt, in der dann folgendes zu lesen war: »Der Januar war der Monat des Triumphes für den massig stämmigen Mann mit dem kreisrunden Gesicht, das im Verein mit einer dicken Importe [der berühmten Zigarre, A.M.] die besten Aussichten auf eine künftige Prosperität zu erwecken geeignet ist.« Daneben befand sich ein Schaubild, das darstellte, daß die Preise für Kleidung und Haushaltswaren im Dezember ihren Zenit erreicht hatten und im Januar stark abgefallen waren. Im Februar gaben laut einer EMNID-Umfrage 70 Prozent der Befragten an, besser als vor der Währungsreform zu leben. Nur noch 5 Prozent sahen eine Verschlechterung.<sup>87</sup>

Auch wenn er in der erwähnten Spiegel-Titelgeschichte noch als »parteilos« beschrieben wurde, so häufen sich doch nach der Januar-Konferenz in Königswinter die internen Bekenntnisse Erhards zur CDU. So schrieb der Wirtschaftsdirektor am 19. Januar 1948 an den hessischen CDU-Chef Werner Hilpert: »Ich habe mich bisher in allen Wahlkämpfen, sei es in Nordrhein/Westfalen, in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen ausschließlich für die CDU eingesetzt und, wie ich glaube, wesentlich zur Stärkung dieser Front beigetragen ... und habe jetzt schon meine Absicht und Bereitschaft kundgetan, bei den kommenden parteipolitischen Auseinandersetzungen mit besonderer Kraft für die CDU einzutreten.«<sup>88</sup>

Seit der großen Krisensitzung in Königswinter war klar, daß Ludwig Erhard im Bundestagswahlkampf der Union ein herausragende Rolle spielen würde. Folgerichtig wurde er auf Drängen Adenauers in die Ausarbeitung eines neuen, längst überfälligen CDU-Wirtschaftsprogramms integriert. Adenauers Sekretär im Parlamentarischen Rat, Herbert Blankenhorn, leitete dazu einen von Franz Etzel erstellten Programmentwurf an Erhard weiter. Etzel gegenüber begründete Blankenhorn dies am 3. Februar 1949 folgendermaßen: »Prof. Erhard hat seinerseits zugesagt, gewisse Vorschläge für die Gestaltung des Programms zu machen ... Da im kommenden Wahlkampf Prof. Erhard die Wirtschaftspolitik der CDU an hervorragender Stelle vertreten

---

87 »Die Welt« vom 18. Juni 1949. Unter der Schlagzeile »Ein Jahr nach dem Tag X« wurden EMNID-Umfragen vom August und September 1948 und vom Februar 1949 vorgestellt.

88 BA Koblenz, Nachlaß Pünder, N 1005-483-139. Abdruck in A. METZ (wie Anm. 29), S. 180.

wird, ist es von besonderer Wichtigkeit, daß er bei der Verabschiedung des wirtschaftlichen Programms mitwirkt.«<sup>89</sup>

Adenauer trieb in der CDU-Wahlkommission die Ausrichtung des Wahlkampfes auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik voran. Seine Skepsis gegenüber Erhard hatte er bei weitem nicht verloren, für den Augenblick schien er ihm Mittel zum Zweck zu sein. Darauf deuten zwei Briefe vom 12. Februar 1949 hin. Im ersten Brief instruierte Adenauer den Frankfurter CDU-Fraktionsvorsitzenden Holzapfel, Erhards Augenmerk auf die Verbesserung der Lohn-Preis-Relation zu richten: »Ich darf ganz offen sein und Ihnen sagen, daß Herr Erhard sicher vorzügliche Eigenschaften hat, daß er aber gern dazu neigt, gepackt von der Fülle der Ideen, die er in sich trägt, sich etwas schnell neuen Aufgaben zuzuwenden ... Sie müssen Ihn mit eisernen Ketten an diese Aufgabe während der nächsten Monate festbinden.«<sup>90</sup> In die gleiche Kerbe schlägt ein Brief Adenauers an Pünder, in dem er sich massiv darüber beschwert, daß der parteilose Erhard von einem ebenfalls parteilosen Ministerialdirektor unterstützt werde. »Ich gestatte mir, mit allem Ernst darauf hinzuweisen, daß solche Dinge ganz unmöglich so bleiben können.«<sup>91</sup>

Erhard – ein intelligenter Luftikus, der mit »eisernen Ketten« am Boden gehalten werden mußte und dessen Umgebung unbedingt mit CDU-Getreuen ausgestattet werden sollte. Seit dem ersten Kontakt hatte sich Adenauers Erhard-Bild nicht im geringsten gewandelt. Einer Sorge zumindest entledigte ihn Erhard. Auf der Zonenausschußsitzung der CDU in der britischen Zone, die am 24. und 25. Februar 1949 wiederum in Königswinter stattfand, distanzierte sich der Wirtschaftsdirektor in für linke Christdemokraten wohlthuender Deutlichkeit von den Freidemokraten: »Und wenn sie mich fragen, wie ich zum Liberalismus stehe, den Sie mir vielleicht unterschieben, ich lehne ihn ab! ... Ich bin so unkapitalistisch wie nur möglich. Es ist kein Zufall daß ich mich zu Ihnen bekenne, sondern es ist eine bewußte Wahl.«<sup>92</sup> Was hätten Thomas Dehler und die anderen Liberalen, die Erhards Karriere angeschoben hatten, zu diesen Worten gesagt?

### Düsseldorfer Leitsätze

Das Referat zur Sozialen Marktwirtschaft, das Erhard darüber hinaus auf der Februar-Tagung in Königswinter hielt, erntete prompt Lobeshymnen

89 Brief Blankenhorns an Etzel in StBKAH Rhöndorf, 11.08.056.

90 K. ADENAUER, *Briefe 1947-49* (wie Anm. 5), S. 406.

91 EBD., S. 408.

92 Sitzungsprotokoll in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46), S. 863.

Adenauers. »Dieser Vortrag war so klar und lichtvoll und hat namentlich die grundlegenden Wahrheiten so deutlich und überzeugend in Erscheinung treten lassen ... Ich mache Ihnen, Herr Erhard, ein aufrichtiges Kompliment. Bisher habe ich Sie noch nicht so klar und gut Ihre Grundsätze entwickeln gehört.«<sup>93</sup> Zu dieser Zeit, gestand Erhard später, sei eine »gewisse Verehrung« für Adenauer in ihm entstanden. Von einer »zart entwickelte(n) Gläubigkeit, daß man vielleicht doch eine neue Welt bauen könnte«, ist die Rede.<sup>94</sup> Während Erhard begann, Adenauer als einen väterlichen, kongenialen Partner romantisch zu verklären, folgte dieser aber nüchternem Pragmatismus. Mit Erhard verband er zwei große Chancen: einerseits die Möglichkeit, das verschleppte Wirtschaftsprogramm der Union nachzuliefern, ohne schädlichen Wirbel zu verursachen, und andererseits, dadurch einen Wahlkampfschlager in die Hand zu bekommen, mit dem sich die Christdemokraten klar von der Sozialdemokratie abheben konnten, die ja noch in vielen Länderparlamenten Koalitionspartner war. Nicht anders ist Adenauers kühner Vorschlag zu deuten, Erhards Königswinterer Rede zur Wirtschaftspolitik einfach für den Wahlkampf drucken zu lassen.<sup>95</sup> Ein weiteres Mal bäumte sich Johannes Albers auf: »Man ist sich klar, daß der Vortrag des Professors Erhard das Ahlener-Programm in seinem Grundgefüge aufhebt.«<sup>96</sup> Adenauer konterte geschickt: »Alle solchen Programme und programmatischen Sätze haben keinen Ewigkeitswert, sondern sollen sich mit den Dingen beschäftigen, die jetzt akut sind. Akut ist beim kommenden Wahlkampf die Frage: Planwirtschaft oder Marktwirtschaft ... Das hat, Herr Albers, mit dem Ahlener Programm, zu dem ich restlos stehe, nichts zu tun (*Zuruf Albers*: Dann sind wir einverstanden).«<sup>97</sup> Adenauers Vernebelungsstrategie ging also auf, denn natürlich überwandten die Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, die aufgrund von Erhards Thesen und mit dessen Mitarbeit in den kommenden Monaten erarbeitet wurden, die Ahlener Sozialisierungs- und Mitbestimmungsideen des linken Parteiflügels.<sup>98</sup> Die große Zerreißprobe fand, dank Adenauers geschickter Regie und Erhards unabweisbarer Erfolge, nicht statt.

»Programme haben keinen Ewigkeitswert« – ein banaler Satz, der Einblick in die Karten des Pragmatikers Adenauer gewährt. Auch Erhard hätte

---

93 EBD., S. 858 f.

94 Zitiert nach K. DREHER (wie Anm. 38), S. 360.

95 Sitzungsprotokoll in: *Die Unionsparteien 1946-50* (wie Anm. 82), S. 858.

96 EBD., S. 857.

97 EBD., S. 858.

98 Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, in: *Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone* (wie Anm. 46 ), S. 866 f.

hier aufmerken müssen. Was er als Vision hartnäckig verfolgte, konnte in Adenauers Augen jederzeit seinen Wert verlieren.

### Bundestagswahlkampf 1949

Die letzten Monate bis zur Wahl am 14. August 1949 schienen nach einem geheimen Drehbuch Adenauers abzulaufen: Als Vorsitzender des CDU-Wahlausschusses sorgte er für eine Ausrichtung des Wahlkampfes auf die Soziale Marktwirtschaft und damit auf Ludwig Erhard, der bei den Sozialdemokraten geradezu als Unperson galt. Eine große Koalition, die ja auch in Reihen der Union ihre Anhänger hatte, wurde damit äußerst unwahrscheinlich. Erhard ließ sich zudem Mitte Juni von Adenauer zur Spitzenkandidatur auf der CDU-Landesliste von Nord-Württemberg/Nord-Baden bewegen, und ging damit ausgerechnet in den liberalen Stammländern als direkter Konkurrent von Theodor Heuss ins Rennen. Dieses Opfer ist ganz allein aus einem besonderen Vertrauensverhältnis zu Adenauer heraus zu verstehen. Nicht allein, daß Erhard aufrichtig an seiner politischen Unabhängigkeit hing (der CDU trat er formal erst 1963 bei!), seine Gönner von der FDP hofften zu diesem Zeitpunkt selbst immer noch auf Erhards Kandidatur.

Dieser trat nun endlich die Flucht nach vorn an. Bei einem Treffen mit Heuss in Stuttgart kam es zu einem gentleman's agreement. Beide Kandidaten vereinbarten, sich »gegenseitig in Wahlreden mit einem Ausdruck der Achtung zu bedenken«. <sup>99</sup> Erhard begründete seine Entscheidung für die CDU in gleichlautenden Briefen an Dehler und Blücher: »Ich habe in diesen Jahren die Erfahrung gemacht, daß es wohl nur meinem Einsatz zu verdanken war, wenn die CDU auf der liberalen Linie der sozialen Marktwirtschaft verharrete, und ich bin auch für die Zukunft überzeugt, daß nur der starke Einfluss einer starken Persönlichkeit dieser Partei das notwendige Rückgrat verleihen kann.« <sup>100</sup> Den Wahlkampf wollte Erhard als Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft gegen die sozialistischen Parteien bestreiten. »Ich bringe meine Kandidatur für die CDU nicht mehr zur Erwähnung und spreche grundsätzlich nur gegen die Front der SPD«, schrieb Erhard am 28. Juli 1949 an Blücher. <sup>101</sup>

Man stelle sich das vor: Der wichtigste Wahlkämpfer der CDU, der im Wahlkampf so viele Termine absolvierte wie kein zweiter, geht in seinen

<sup>99</sup> Brief Erhards an Theodor Heuss vom 14. Juli 1949, LES, I. Fasz. 3/30.

<sup>100</sup> Brief vom 14. Juli an Franz Blücher in BA Koblenz, Nachlaß Blücher, N 1080-93-258. Die Verhandlungen mit der FDP werden ausführlich geschildert in A. METZ (wie Anm. 29), S. 206-210.

<sup>101</sup> Siehe LES, I. Fasz. 27/6.

Wahlreden nicht auf die ihn unterstützende Partei ein, sondern versucht als überparteilicher Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft aufzutreten. Mit dieser Taktik gelang es dem Wirtschaftsdirektor aber, sich das Vertrauen der FDP zu bewahren und zum Bindeglied zwischen Freidemokraten und der CDU/CSU zu werden. Dagegen konnte sich Erhard des Mißtrauens Adenauers weiterhin sicher sein. Am 13. Juni 1949 äußerte der in einem Brief an seinen Vertrauten Paul Silverberg einmal mehr leise Zweifel an Erhards Eignung: »Professor Erhard ist sehr tüchtig, aber vielleicht auch etwas sehr optimistisch. Herr Abs sieht die Dinge etwas weniger zuversichtlich als Erhard.«<sup>102</sup> Hermann Josef Abs, damaliges Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau, sollte, gefördert von Adenauer, in den 50er und 60er Jahren noch als Erhard-Kritiker für Aufsehen sorgen.

### Koalitionsverhandlungen

Das Wahlergebnis bescherte Adenauer und Erhard schließlich die historische Chance, auf die sie gemeinsam hingearbeitet hatten: Die Bildung einer nicht-sozialistischen Regierung. Inwieweit sich die Wähler bewußt für die Soziale Marktwirtschaft aussprachen, oder aus ganz anderen Motiven heraus ihre Wahlentscheidung trafen (worauf vieles hindeutet), kann hier nicht erörtert werden.<sup>103</sup> Unterm Strich wurde die Koalition im Frankfurter Wirtschaftsrat aus CDU/CSU, FDP und DP bestätigt. Wie in Frankfurt hatte sich die Union knapp als stärkste Fraktion vor der SPD behauptet. Der erste Versuch einer Regierungsbildung lag damit bei ihr.

In dieser Phase präsentierten sich Adenauer und Erhard als eingespieltes Team. Nie mehr hat man beide so harmonisch Seite an Seite gesehen. »Ja, der Adenauer ist schon ein Mann!«, soll Erhard in diesen Tagen geschwärmt haben.<sup>104</sup> »Seinerzeit waren ja auch Adenauer und ich noch ein Herz und eine Seele; ich wußte, was er politisch bedeutete, aber er wußte wohl auch, was er an mir hatte«, berichtete Erhard später selbst über diese Zeit, in der er sich noch von Adenauer akzeptiert fühlte.<sup>105</sup> Im Duettbremste man die parteiinternen Vertreter einer Großen Koalition aus, die angesichts der historischen Aufgabe eine breite Regierungsbildung anstrebten. Adenauer zog die Strippen, und Erhard sprang hilfreich zur Seite.

»Für die SPD bedeutet die Wirtschaftspolitik Erhards den Ruin Deutschlands, den die SPD nicht mitmachen will«, hatte SPD-Pressesprecher Fritz

---

102 K. ADENAUER, *Briefe 1949-51*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 35.

103 Siehe dazu A. METZ (wie Anm. 29), S. 220-225.

104 Zitiert nach Roland RISSE, *Alltag mit Erhard*, in: *Festschrift zum 75. Geburtstag* (wie Anm. 34), S. 597.

105 Zitiert nach K. DREHER (wie Anm. 38), S. 359.

Heine unmittelbar nach der Wahl erklärt.<sup>106</sup> Wollte die CDU eine Große Koalition eingehen, mußte sie Erhard also fallenlassen. Die Wahl aber, so Adenauers These, wurde durch Erhards Wirtschaftspolitik gewonnen, an ihm könne es deshalb kein Vorbeikommen geben. Eben dieser Formel mußten sich auf der wohl entscheidenden Sitzung in Adenauers Rhöndorfer Haus am 21. August 1949 die christdemokratischen Anhänger einer großen Koalition um den Hessen Werner Hilpert geschlagen geben.<sup>107</sup> Um Erhard als Wirtschaftsminister und Scharnier einer künftigen CDU/CSU/FDP/DP-Koalition wurde das gesamte Personalpaket zurechtgezurr. Und an Konrad Adenauer als zukünftigem Bundeskanzler konnte unter diesen Bedingungen niemand vorbeikommen. Wer Erhard sagte, mußte auch Adenauer meinen. Beide waren in diesen Tagen unzertrennlich.

### Der Anfang vom Ende

Am 15. September 1949 wurde Konrad Adenauer in Bonn als erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Am 20. September erhielt Erhard seine Ernennungsurkunde zum Wirtschaftsminister. Doch der Augenblick des gemeinsamen Triumphes war für Erhard auch ein bitterer Moment. Das Zweckbündnis der letzten Monate hatte seine Schuldigkeit getan. Und daß Adenauer tatsächlich nur an ein Zweckbündnis auf Zeit und an keine special relationship gedacht hatte, wurde Erhard jetzt auf das schmerzlichste bewußtgemacht. Bereits die Koalitionsverhandlungen brachten Erhard auf die Verliererstraße. Nach der überraschenden Wahl Arnolds zum Bundesratspräsidenten anstelle des CSU-Chefs Erhard, eine späte Rache der Anhänger einer Großen Koalition, mußte die CSU abgefunden werden. Nach langem Hin und Her erhielt Fritz Schäffer das Finanzministerium. Franz Blücher von der FDP, der ebenfalls auf die Übernahme der Finanzen spekuliert hatte, wurde von Adenauer mit einem Ministerium für den Marshallplan abgefunden, dem Bestandteile des Wirtschaftsministeriums zugeschlagen wurden.<sup>108</sup>

Am 24. November 1949 schickte Erhard einen mit »Persönlich! Geheim!« überschriebenen Alarmbrief an Adenauer, in dem er sich bitter darüber beklagte, daß Blücher versuche, ihn auf den Posten des Bundesbankpräsidenten abzuschieben. Um »die soziale Marktwirtschaft ... zu einem guten, segensreichen Ende« führen zu können, beschwor er Adenauer eindringlich, ihm

<sup>106</sup> Siehe »*Neue Zeitung*« vom 18. August 1949.

<sup>107</sup> Zur Rhöndorfer Konferenz siehe K. DREHER, (wie Anm. 38), S. 340-356, und Rudolf MORSEY, *Die Rhöndorfer Weichenstellung am 21. August 1949*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 28 (1980), S. 508-542.

<sup>108</sup> Vgl. V. LAITENBERGER (wie Anm. 54), S. 85, und V. HENTSCHEL (wie Anm. 2), S. 89 f.

die »ressortmäßig zustehende Aufgabe der Führung der Wirtschaftspolitik« zuzuerkennen. Die aufrichtige Verehrung für den Kanzler gipfelte in der Zeile: »Ich habe das sichere Gefühl, dass wir beide, Sie sehr verehrter Herr Bundeskanzler, auf politischem, und ich auf wirtschaftlichem Felde, die glückliche Zukunft Deutschlands in Händen halten ...«<sup>109</sup>.

Anstelle einer Antwort wurde Erhard von Adenauer heftig attackiert: Am 30. November 1949, also knapp eine Woche nach Erhards Alarmbrief, stellte Adenauer Erhards organisatorischen Fähigkeiten ein vernichtendes Urteil aus: »Wie Sie wissen, habe ich nicht den Eindruck, daß Ihr Ministerium organisatorisch so gestaltet und personaliter so besetzt ist, daß eine ruhige und Ihren und den Intentionen der Bundesregierung entsprechende Fortführung der Geschäfte gewährleistet ist.«<sup>110</sup> Während der eine in visionären Sphären schwebte, praktizierte der andere kühlen Pragmatismus. Ob angemessen oder stillos, sei dahingestellt. Wie gering der Kredit war, den sich der als Wirtschaftsdirektor nicht eben unerfolgreiche Erhard bei Adenauer erworben hatte, erstaunt aber denn doch und ist rational eigentlich nicht zu erklären. Da reagierte jemand allergisch auf ein Naturell, das meilenweit vom eigenen entfernt lag.

Im Frühjahr 1950, nicht mal vier Monate nach Amtsantritt, war Erhards Wert auf Adenauers persönlicher Skala bereits auf Null gesunken. In einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 31. Januar 1950 äußerte der Bundeskanzler: »Es ist zu überprüfen, ob es nicht an der Zeit ist, den Kurs unserer Wirtschaftspolitik zu überprüfen und an deren Stelle eine konkrete Behandlung der Wirtschaft vorzunehmen.«<sup>111</sup> Auf einen Brief von Theodor Blank hin, der sich offensichtlich besorgt über die Äußerung zeigte, präziserte Adenauer am 2. Februar: »Ich habe nicht über unsere Wirtschaftspolitik gesprochen, sondern über Wirtschaftsministerien und Herrn Minister Erhard. Daß ich unsere Wirtschaftspolitik nach wie vor für die einzig richtige halte, ist klar.«<sup>112</sup> Für den Wirtschaftsminister galt dies demnach nicht.

Erhard gelang es zwar, durch eine Reihe von »wundersamen« Erfolgen über Jahre hinweg immer wieder seinen Kopf zu retten. An der Mauer aus Mißtrauen, die Adenauer schon vor dem ersten Treffen vor ihm aufgebaut hatte, sollte er jedoch zeitlebens abprallen.

---

109 LES, Nachlaß Erhard I 1)1.

110 K. ADENAUER, *Briefe 1949-51* (wie Anm. 102), S. 140. Der Brief mit dem Vermerk »Persönlich!« trägt weder Anrede noch Grußformel.

111 Zitiert nach Rolf WENZEL, *Konrad Adenauer und die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung im Nachkriegsdeutschland*, Flensburg 1983, S. 132.

112 K. ADENAUER, *Briefe 1949-51* (wie Anm. 102), S. 170.

